

Eine Schriftenreihe des Kultusministers des Landes
Nordrhein-Westfalen

Empfehlungen für den Unterricht
in der Realschule
für das Fach
Sozial- und Wirtschaftskunde (Politik)

V NW

5(1973)

VERLAG · RATINGEN · KASTELLAUN · DÜSSELDORF

Georg-Eckert-Institut BS78



1 060 556 8

Empfehlungen für den Unterricht
in der Realschule
für das Fach
Sozial- und Wirtschaftskunde (Politik)

Georg-Eckert-Institut
für internationale Schulbuchforschung
Braunschweig
-Bibliothek-

SB 6912

~~Internationales Schulbuchinstitut
Braunschweig
- Bibliothek -~~

Erarbeitet von:

Klaus Arnold (Oberhausen)
Hans-Georg Bunse (Efferen)
Wilfried Carstens (Hilden)
Volkmar Kretkowski (Krefeld)
Burkhard Nather (Mülheim-Ruhr)
Dieter Ullrich (Bochum)
Clemes Wille (Warburg)

© 1973 by A. Henn Verlag, Ratingen — Kastellaun — Düsseldorf
Gesamtherstellung: A. Henn Verlag, Abt. Druckerei, Düsseldorf-Benrath

Z-V NW
S-5 (1943)

Gliederung

Vorwort	7	
I	LERNZIELE	9
1.	Zum Verfahren der Lernzielgewinnung	9
2.	Das allgemeine Richtziel	13
3.	Grobziele	13
3.1	Gesellschaft	14
3.2	Wirtschaft	15
3.3	Politik	16
II	KONKRETISIERTE LERNZIELE UND INHALTE	17
0.	Problemfelder	17
1.	Sozialisation	17
1.1	Lernziele	17
1.2	Inhalte	18
2.	Kommunikation	20
2.1	Lernziele	20
2.2	Inhalte	22
3.	Sozialer Wandel	24
3.1	Lernziele	24
3.2	Inhalte	25
4.	Gesellschaftliche Ordnungen	27
4.1	Lernziele	27
4.2	Inhalte	28
5.	Macht und Herrschaft	31
5.1	Lernziele	31
5.2	Inhalte	33
6.	Soziale Chancen	35
6.1	Lernziele	35
6.2	Inhalte	36
7.	Eigentum	37
7.1	Lernziele	37
7.2	Inhalte	38
8.	Konsum	40
8.1	Lernziele	40
8.2	Inhalte	41
9.	Freizeit	45
9.1	Lernziele	45
10.	Infrastruktur	48
10.1	Lernziele	48
10.2	Inhalte	49
11.	Umweltschutz	51

11.1	Lernziele	51
11.2	Inhalte	52
12.	Internationale Beziehungen	54
12.1	Lernziele	54
12.2	Inhalte	55
III	LEHR- UND LERNVERFAHREN	56
IV	LERNERFOLGSKONTROLLE	60
V	MEDIEN	61
VI	UNTERRICHTSORGANISATION	62
1.	Zur Arbeit mit dem Plan	62
2.	Differenzierung	65
VII	GLOSSAR	66
VIII	LITERATURVERZEICHNIS	78

Vorwort

Die geltenden Richtlinien für die Realschule bedürfen einer Überprüfung und Ergänzung, einmal im Hinblick auf den heutigen Stand der fachlichen, didaktischen und methodischen Diskussion, sodann durch die Veränderungen der Stundentafeln für die Sekundarstufe I.

Die vorliegenden Unterrichtsempfehlungen für die Realschule stellen einen Beitrag zu einer langfristig zu leistenden Curriculumrevision dar, wie sie im Rahmen der Kultusministerkonferenz erörtert wird und im Lande Nordrhein-Westfalen im Rahmen der Planungskommission „Sekundarstufe I und ihre Abschlüsse“ eingeleitet ist.

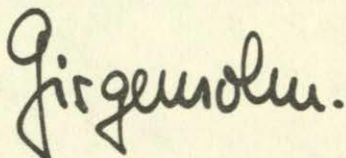
Für die einzelnen Unterrichtsfächer der Realschule wurden im Zusammenwirken mit den oberen Schulaufsichtsbehörden Fachkommissionen berufen, die den vorliegenden Entwurf der Empfehlungen fertigten. Die Dezernenten der oberen Schulaufsichtsbehörden arbeiteten in den Fachkommissionen mit.

Die geltenden Richtlinien werden durch die Unterrichtsempfehlungen nicht außer Kraft gesetzt. Die Schulen haben vielmehr vorläufig die Möglichkeit, die Empfehlungen oder die geltenden Richtlinien oder beide nebeneinander zu benutzen.

Aufgabe der Fachkonferenzen wird es sein, auf der Grundlage der Empfehlungen (und ggf. der Richtlinien) die Lehrplanentscheidungen für die einzelnen Fächer zu treffen.

Die Empfehlungen sollen in einem sich über mehrere Jahre erstreckenden Prozeß der Erprobung, den kritische Stellungnahmen der Schulen fördern können, weiter entwickelt werden.

Den an der Erarbeitung der Empfehlungen beteiligten Lehrern danke ich für die Bereitschaft, neben ihrer schulischen Arbeit ein großes Maß zusätzlicher Belastung auf sich genommen zu haben.



Kultusminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorwort

Der Auftrag, das Fach Sozial- und Wirtschaftskunde auf die neue Stundentafel auszurichten und ergänzend dazu einen erweiterten Lehrplan für das Kursfach der differenzierten Oberstufe vorzulegen, stellte die Mitglieder der Kommission vor eine Aufgabe, die innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit von drei Monaten nur zum Teil geleistet werden konnte.

Die notwendige Absprache mit den Fachkommissionen für Geschichte und Erdkunde konnte beim gegenwärtigen Stand der Arbeit nicht erfolgen.

Der vorgelegte Plan wurde nicht nach Kern- und Kursfach ausdifferenziert; er stellt vielmehr einen Rahmenplan dar, der die Ziele und Inhalte des Faches, nach Problemfeldern geordnet, ausweist.

Wenn in I, 1.8 darauf hingewiesen wird, Problemfelder und konkretisierte Lernziele seien verbindlich, so ist damit ein *verbindlicher Rahmen* gemeint, dessen Ziele und Inhalte (was Auswahl, Gewichtung, Reihenfolge, Zuordnung zu Klassenstufen, zum Kern- bzw. Kursfach anbetrifft) in die didaktische Verantwortung der Fachkonferenz der einzelnen Schule gestellt werden.

Somit soll nach Auffassung aller Kommissionsmitglieder der vorgelegte Plan letztlich als didaktisch-methodische Entscheidungshilfe und Diskussionsbeitrag verstanden werden, der der Revision, der Ergänzung wie auch der Abgrenzung zu den Fächern Geschichte und Erdkunde bedarf.

I Lernziele

1. Zum Verfahren der Lernzielgewinnung

1.1 Die Kriterien für die Bestimmung der Ziele im Fach Sozial- und Wirtschaftskunde, das von seiner Aufgabenstellung und Thematik her eindeutig als politisches Unterrichtsfach gekennzeichnet ist, müssen im gesellschaftlichen Raum gesucht werden. Politische Bildung soll weder affirmativ auf unreflektierte Annahme der bestehenden Verhältnisse zielen, noch darf sie dogmatisch ihre radikale Veränderung anstreben. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, dem Schüler rationale Kriterien für die eigene Urteilsbildung als Voraussetzung für gesellschaftliches Handeln zu vermitteln.

1.2 Nach Robinsohn ist Bildung die Vorbereitung auf Lebenssituationen. Die Schüler sollen im Unterricht *Qualifikationen** erwerben, die zur Bewältigung dieser Situationen notwendig sind. Sie sollen als Dispositionen zur Verfügung stehen und brauchen nicht dauernd als Verhaltensleistungen erbracht zu werden. Sie sind das gewünschte Endverhalten. Mit Hilfe von Lerninhalten erwirbt der Lernende Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse, die zur Erlangung von Qualifikationen notwendig sind.

Aufgabe bei der Erstellung eines Lehrplanes muß es also zunächst sein:

- a) gegenwärtige und zukünftige Lebenssituationen zu analysieren und zu beschreiben,
- b) die Qualifikationen zu beschreiben, die von den Handelnden zu deren Bewältigung verlangt werden.

1.3 Bei der Analyse und Beschreibung der Lebenssituationen und Qualifikationen ergibt sich das Problem der *pädagogischen Norm** und der Legitimation.

Zur Lösung bieten sich zwei Wege an: das von Robinsohn empfohlene Instrument der Ebene der Instanzen (geeignete, demokratisch legitimierte Zusammensetzung der Kommission) oder das von Blankertz entwickelte Instrument des Verfahrens (Konstruktion eines Suchrasters oder Problematisierungsinstruments, auch *didaktisches Strukturgitter** genannt).

Die Richtlinienkommission RS konnte keinem der beiden Curriculummodelle folgen. Für das Instrument der Ebene der Instanzen (Robinsohn) fehlte ihr die demokratische Legitimation, da ihre Zusammensetzung zufällig war. Das Instrument des Verfahrens (Blankertz) hätte eine umfassende Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft mit einem hohen Verbindlichkeitsgrad erfordert. Diese Gesellschaftsanalyse kann beim gegenwärtigen Stand der Wissenschaft möglicherweise nicht geleistet werden. Außerdem stand der Kommission weder die Zeit noch der wissenschaftliche Apparat zur Verfügung, um auch nur ansatzweise eine solche Analyse zu erstellen.

*) siehe Glossar

1.4 Die Kommission wählte daher einen *pragmatischen didaktischen Ansatz*: Lernziele werden an konkreten Inhalten (Problemfelder, aktuelle Fälle), gewonnen, die auf Qualifikationen bezogen werden.

Folgende Anforderungen sind an einen solchen Plan zu stellen:

1. In der Grundstruktur muß der Diskussionsstand um curriculare Probleme sichtbar werden. Zum Beispiel:
 - a) keine leerformelhafte Präambel
 - b) kein *affirmativer** Stoff- oder Lernzielkanon
 - c) Vermeidung von Stoffsystematik im Sinne einer *Abbilddidaktik**
2. Er muß offen sein für eine permanente Curriculumrevision.
3. Er muß frei sein von Erkenntnisverboten.

1.5 Unter didaktischen Gesichtspunkten (nicht zur Durchführung im Unterricht) wird das Fach SoWi in die *Arbeitsbereiche* Gesellschaft, Wirtschaft, Politik gegliedert. Sie sollen nicht die wissenschaftlichen Disziplinen, wie Soziologie, Ökonomie, Politologie reproduzieren, sind also nicht ein Spiegelbild von in der gesellschaftlichen Realität vorzufindenden eindeutig abgrenzbaren Lebensbereichen, sondern sie sind Aspekte, unter denen die Gesamtheit des menschlichen Zusammenlebens betrachtet und untersucht werden kann.

1.5.1 *Gesellschaft* (Soziologie)

Abhängigkeit individueller Verhaltensformen, Einstellungen und Handlungsgrundlagen von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe. Lernrelevante Situationen ergeben sich u.a. in Gruppe, Familie, Schule.

1.5.2 *Wirtschaft* (Ökonomie)

Bedingungen, Formen und Folgen der Herstellung, Verteilung und des Verbrauchs von Gütern (z.B. Arbeit, Kapital, Produktion – Distribution, Konsum, Freizeit).

1.5.3 *Politik* (Politologie)

Institutionalisierte Regelungen und Machtausübung, gesellschaftliche Einrichtungen zur Planung, Organisation und Ausführung von öffentlichen Aufgaben sowie zur Ausübung von Herrschaft; internationale Beziehungen und Friedenssicherung (z.B. Bildungsplanung, Raumplanung, Umweltschutz, Entwicklungshilfe, Kolonialismus, Imperialismus, Rüstung).

*) siehe Glossar

Suchinstrument für lernrelevante Situationen in der Sozialkunde ist die Frage, wo, wann und wie dem Schüler Gesellschaft erfahrbar wird (s. I, 1.2).

1.6 Aus diesen Arbeitsbereichen werden *Grobziele* entwickelt, die sich auf ein oberstes Richtziel zurückführen lassen, das sich aus den Postulaten des Grundgesetzes ergibt. Diese Grobziele zielen auf Verhaltensdispositionen, die dem Schüler zukünftig zur Bewältigung von Lebenssituationen im politisch-gesellschaftlichen Feld zur Verfügung stehen sollten. (Vgl. dazu auch die im Anhang beigelegten Qualifikationen des Entwurfs der Richtlinien und Handreichungen – Kommission für die Politische Bildung, Sekundarstufe I NW)

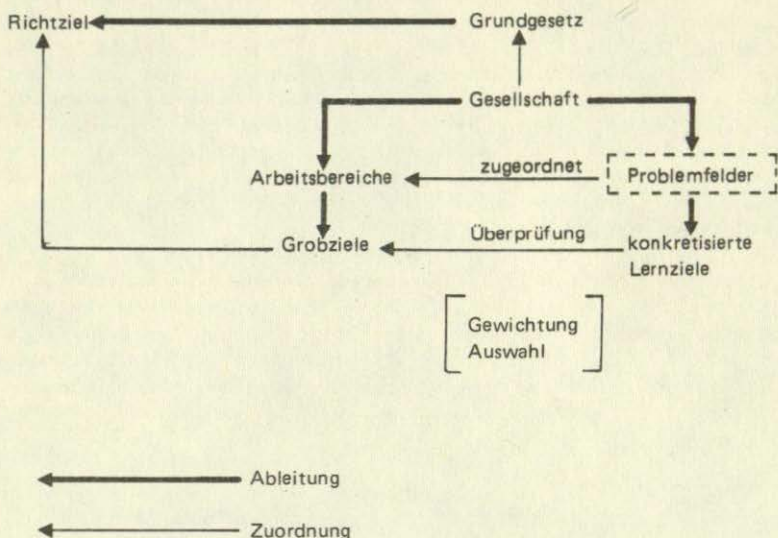
1.7 *Zur Gewinnung konkretisierter Lernziele* (Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse, die zur Erlangung der Grobziele bzw. Verhaltensdispositionen notwendig sind) werden gesellschaftliche Probleme beschrieben, um die in der Gegenwart und voraussichtlich auch in der Zukunft gesellschaftliche und politische Auseinandersetzungen geführt werden. Aus ihnen ergibt sich das Lernfeld der Gesellschaftslehre. Es umfaßt didaktisch strukturierte Problemfelder, die inhaltlich den drei Arbeitsbereichen zugeordnet sind.

Durch dieses Verfahren zur Lernzielgewinnung werden die Inhalte zweifach problematisiert: einmal die gesellschaftlichen Fragestellungen, zum anderen die Inhalte im Hinblick auf den Schüler. Dabei wird gefragt, ob und in welchem Maße der Schüler an den ausgewählten Inhalten die Groblernziele erreichen kann (s. I, 1.10, Beispiel).

Dieses Ableitungsverfahren entspricht also nicht einer Ableitung aus der obersten Zielsetzung im Sinne einer *Taxonomie** (Richtziel – Grobziele – konkretisierte Lernziele), vielmehr werden Lernziele unmittelbar – und das ist der pragmatische Ansatz – an konkreten Inhalten gewonnen.

Gleichzeitig erlaubt dieses Verfahren auch eine Möglichkeit der Überprüfung: Die an Inhalten gewonnenen konkretisierten Lernziele müssen auf die in den Arbeitsbereichen gewonnenen Grobziele zurückführen und diesen zumindest teilweise entsprechen. In einem zweiten Arbeitsschritt kann nunmehr eine Gewichtung bzw. Auswahl der konkretisierten Lernziele erfolgen. Lernzielüberschneidungen in den verschiedenen Problemfeldern können verringert werden.

*) siehe Glossar



1.8 Problemfelder und konkretisierte Lernziele sind *verbindlich*. Sie sollen den einzelnen Schulstufen nach folgenden Kriterien zugeordnet werden:

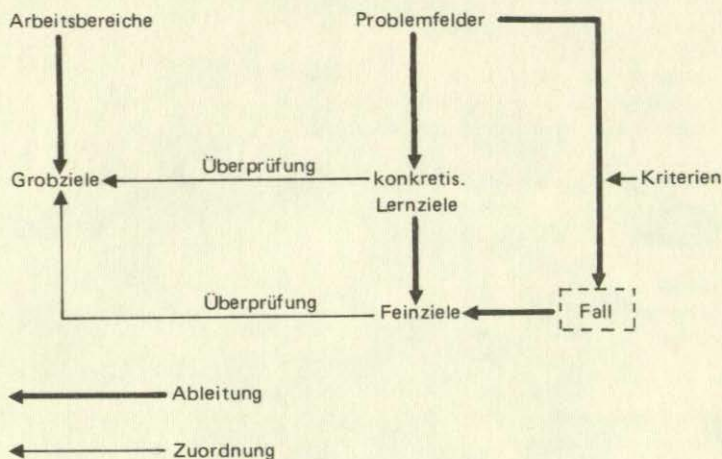
1. Interessenlage der Schüler
2. Reflexionsniveau
3. Erfahrungshorizont
4. Handlungsmöglichkeit
5. Akzeptierung durch Schüler und Lehrer
6. Möglichkeit der sachgerechten Realisierung
7. Durchsichtigkeit des Problems
8. Transferierbarkeit

(Siehe Vorschlag VI, 1)

Da nicht alle Lernziele eines Problemfeldes innerhalb einer Unterrichtseinheit angestrebt werden können, wiederholen sich die Problemfelder jeweils mit anderen Intentionen auf den verschiedenen Schulstufen bzw. Klassen und Lerngruppen.

1.9 Die Formulierung der Feinziele (ggfs. Operationalisierung) erfolgt durch den Lehrer an jeweils aktuellen Fällen oder Realsituationen (s. III, Lehr- und Lernverfahren), mit denen die Konfliktfelder weiter aufgefächert werden. Als Kriterien zur Auswahl der Fälle und Realsituationen dienen die unter 1.8 bereits angeführten.

Um zu verhindern, daß sich der nunmehr konkret geplante Unterricht von den ursprünglichen Intentionen (Richtziel, Grobziele) entfernt, sollte an dieser Stelle eine erneute Rückkoppelung zu den Grobzielen erfolgen und geprüft werden (ähnlich wie unter I, 1.8), ob die Feinziele noch auf die Grobziele zurückführbar sind. Ggfs. müßte auch hier wieder vom Lehrer eine Gewichtung bzw. Auswahl der Lernziele durchgeführt werden.



2. Das allgemeine Richtziel

Das allgemeine Richtziel des Unterrichts in Sozial- und Wirtschaftskunde orientiert sich an den Postulaten des Grundgesetzes:

Der Schüler soll die Fähigkeit und Bereitschaft zur Selbst- und Mitbestimmung als Ausdruck der freien Entfaltung der Persönlichkeit entwickeln und zur aktiven Teilnahme an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen als Konsequenz demokratischen Selbstverständnisses befähigt werden.

3. Grobziele

Die im nachfolgenden Lernzielkatalog mit „Fähigkeit und Bereitschaft“ gekennzeichneten Grobziele sind als Verhaltensdispositionen zu verstehen. Sie sind keineswegs nur auf den jeweiligen Ableitungsbereich bezogen, sondern sollen – entsprechend der sachlich gegebenen Interdependenz zwischen den Aspekten der drei Arbeitsbereiche –

als Orientierungslinien für die Gesamtheit der Lehr- und Lernprozesse in Sozial- und Wirtschaftskunde dienen.

3.1 Gesellschaft

- G 1. Der Schüler soll erkennen, daß menschliches Handeln weitgehend gruppenbezogenes und durch Gruppennormen bestimmtes Handeln ist.
- G 2. Er soll die Fähigkeit und Bereitschaft erwerben, sein individuelles Sein in unterschiedliche Gruppen einzubringen und zu prüfen, welche ihrer Normen er akzeptieren kann.
- G 3. Der Schüler soll erkennen, daß wechselseitige Abhängigkeiten von Individuen, Gruppen und Gesellschaften menschliche Existenz und die Organisationsformen menschlichen Zusammenlebens bestimmen.
- G 4. Er soll die Fähigkeit und Bereitschaft erwerben, bei der Bestimmung und Durchsetzung seiner Interessen bzw. der seiner Gruppe gesamtgesellschaftliche Interessen zu berücksichtigen.
- G 5. Der Schüler soll erkennen, daß die in der Gesellschaft vorhandenen Herrschaftsverhältnisse in Sozialisationsformen und -prozessen ihren Niederschlag finden.
- G 6. Er soll die Fähigkeit und Bereitschaft erwerben, die in Sozialisationsformen gegebenen Chancen zur Selbst- und Mitbestimmung wahrzunehmen und zu ihrer Erweiterung beizutragen.
- G 7. Der Schüler soll erkennen, daß eine Verbesserung der Lebensqualität von den gegebenen politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen abhängig ist.
- G 8. Der Schüler soll die Fähigkeit und Bereitschaft erwerben zu beurteilen, was politische und wirtschaftliche Systeme und Strukturen für eine Verbesserung der Lebensqualität leisten und unter dieser Zielsetzung an ihrer Gestaltung mitwirken.
- G 9. Der Schüler soll erkennen, daß sein Verhalten ein Rollenverhalten ist, das weitgehend von den Rollenerwartungen der Gesellschaft beeinflußt wird.
- G 10. Er soll die Fähigkeit und Bereitschaft erwerben, Rollenkonflikte auf rationale Weise auszutragen.
- G 11. Der Schüler soll erkennen, daß die Beziehungen von Individuen, Gruppen und Gesellschaften auch von Vorurteilen beeinflußt werden.
- G 12. Er soll die Fähigkeit und Bereitschaft erwerben, Einstellungen und Verhalten

anderer Individuen, Gruppen und Gesellschaften vorurteilsfrei und rational zu analysieren und Vorurteile bei sich und anderen abzubauen.

- G 13. Der Schüler soll erkennen, daß jeder Mensch einen Raum persönlicher Entfaltung und Selbstbestimmung in sozialer Gebundenheit braucht.
- G 14. Er soll die Fähigkeit und Bereitschaft erwerben, sich den erforderlichen Raum zur persönlichen Entfaltung und Selbstbestimmung zu schaffen und anderen das gleiche Recht zuzugestehen.

3.2 Wirtschaft

- W 1. Der Schüler soll erkennen, daß die Befriedigung individueller und kollektiver wirtschaftlicher Bedürfnisse nur durch wirtschaftliches Handeln zu erreichen ist und daß daher Wirtschaften ein elementares gesellschaftliches Aktionsfeld ist.
- W 2. Er soll die Fähigkeit und Bereitschaft erwerben, wirtschaftliches Handeln an gesamtgesellschaftlichen Interessen zu orientieren.
- W 3. Der Schüler soll erkennen, daß Wirtschaftsordnungen und gesellschaftliche Normen einander bedingen.
- W 4. Er soll die Fähigkeit und Bereitschaft erwerben, Wirtschaftsordnungen auf ihre Normen und Ideologien hin zu analysieren und sich für eine Wirtschaftsordnung einzusetzen, die sich an gesamtgesellschaftlichen Interessen orientiert.
- W 5. Der Schüler soll erkennen, daß wirtschaftliche Systeme der Absicherung durch Macht- und Herrschaftssysteme bedürfen und zugleich durch ihr Sicherungsstreben selbst zu einem Macht- und Ordnungsfaktor werden.
- W 6. Er soll die Fähigkeit und Bereitschaft erwerben, Sicherheitsansprüche aus dem Bereich der Wirtschaft auf ihre gesellschaftliche und politische Berechtigung zu befragen, berechtigten und notwendigen Schutz zu befürworten und gesellschaftsschädigendem Wirtschaftsegoismus entgegenzutreten.
- W 7. Der Schüler soll erkennen, daß soziale und humanitäre Leistungen von den Leistungen der Gesamtwirtschaft abhängen.
- W 8. Er soll die Fähigkeit und Bereitschaft erwerben, sich an der Verbesserung sozialer und humanitärer Leistungen durch eigenes wirtschaftliches Handeln zu beteiligen und individuelle wirtschaftliche Ansprüche gegenüber gesamtgesellschaftlichen zu begrenzen.
- W 9. Der Schüler soll erkennen, daß wirtschaftspolitische Entscheidungen und außenpolitische Folgen interdependent sind und daß die Forderung nach Chancengleichheit auch auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten übertragen werden muß.

Staaten übertragen werden muß.

- W 10. Er soll die Fähigkeit und Bereitschaft erwerben, sich für internationale Entwicklungshilfe als einer Form übernationalen Sozialverhaltens einzusetzen und möglicherweise eigene Beiträge in dieser Richtung zu leisten.

3.3 Politik

- P 1. Der Schüler soll erkennen, daß politische Kräfte und Systeme aus den sich wandelnden sozio-ökonomischen Bedingungen der Gesellschaft hervorgehen und das Politische daher prozeßhaften Charakter hat.
- P 2. Er soll die Fähigkeit und Bereitschaft erwerben, politische Prozesse zu beobachten, sie auf ihre sozio-ökonomischen Bedingungen hin zu analysieren, kritisch zu beurteilen und aktiv an ihnen teilzunehmen.
- P , 3. Der Schüler soll erkennen, daß das Verhältnis von Flexibilität und Konsistenz eines politischen Systems die Möglichkeiten sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung bestimmt.
- P 4. Er soll die Fähigkeit und Bereitschaft erwerben, sich für ein politisches System zu entscheiden, in dem das Verhältnis von Flexibilität und Konsistenz so angelegt ist, daß es gesellschaftlich notwendige Entwicklungen in allen Bereichen fördert und Gefährdungen der Freiheit des Individuums und der Gesellschaft begegnet.
- P 5. Der Schüler soll erkennen, daß Macht und Herrschaft auch im politischen Bereich auf Sozialisationsformen aufbauen, von Interessen geleitet und auf Normen und Ideologien gegründet werden.
- P 6. Er soll die Fähigkeit und Bereitschaft erwerben, die den Macht- und Herrschaftsformen zugrunde liegenden Interessen, Normen und Ideologien aufzudecken und sich für Selbst- und Mitbestimmung einzusetzen.
- P , 7. Der Schüler soll erkennen, daß die Kontrolle von Macht und Herrschaft der Sicherung der politischen Grundrechte dient.
- P 8. Er soll die Fähigkeit und Bereitschaft erwerben, Strategien und Techniken zur Kontrolle von Macht und Herrschaft anzuwenden und selbst auch dann entsprechend zu handeln, wenn daraus persönliche Belastungen entstehen.
- P 9. Der Schüler soll erkennen, daß Art und Umfang der Beteiligung von Bürgern an Entscheidungsprozessen ein Gradmesser für die Verwirklichung von Demokratie sind.
- P 10. Er soll die Fähigkeit und Bereitschaft erwerben, sich am Demokratisierungsprozeß zu beteiligen.

- P 11. Der Schüler soll erkennen, daß öffentliche Entscheidungsprozesse durch Manipulation und Machtmißbrauch beeinflusst und gefährdet werden können.
- P 12. Er soll die Fähigkeit und Bereitschaft erwerben, den Gefährdungen der Gesellschaft durch Manipulation und Machtmißbrauch Widerstand entgegenzusetzen.
- P 13. Der Schüler soll erkennen, daß politisches Handeln sich an eindeutigen Zielvorstellungen orientieren muß und Strategien zur Verwirklichung benötigt.
- P 14. Er soll die Fähigkeit und Bereitschaft erwerben, politische Zielsetzungen und Strategien an ihrer praktischen Verwirklichung zu messen und zu bewerten, selbst im Zusammenwirken mit anderen politischen Zielvorstellungen und Strategien zu entwickeln und zielgerichtet zu handeln.

II. Konkretisierte Lernziele und Inhalte

0 Problemfelder

1. Sozialisation
2. Kommunikation
3. Sozialer Wandel
4. Gesellschaftliche Ordnung
5. Macht und Herrschaft
6. Soziale Chancen
7. Eigentum
8. Konsum
9. Freizeit
10. Infrastruktur
11. Umweltschutz
12. Internationale Beziehungen

1. Problemfeld Sozialisation

1.1. Lernziele

1. Der Schüler soll für das Problemfeld wesentliche Begriffe kennen und inhaltlich erklären können.
2. Der Schüler soll Sozialisation als die Menge der Prozesse verstehen, durch die der Einzelne seine Identität als handlungsfähige, d.h. zu sozialer Interaktion und damit zur Übernahme von sozialen Rollen befähigte Person gewinnt.
3. Der Schüler soll Sozialisation in ihrer Abhängigkeit von dem jeweiligen sozio-kulturellen System begreifen.

4. Der Schüler soll Sozialisationsbereiche und ihre Träger in gegenwärtigen sozialen Systemen kennen.
5. Der Schüler soll Sozialisation als Vermittlung und Kontrolle der in einer Gesellschaft herrschenden Werte, Normen und Techniken erkennen und ihre Funktion in Abhängigkeit von konkurrierender Pluralität allgemeiner gesellschaftlicher Leitbilder begreifen.
6. Der Schüler soll die in einer Gesellschaft geltenden Sozialisationsformen als Spiegelbilder der jeweiligen Herrschaftsverhältnisse erkennen.
7. Der Schüler soll die klassen-, schichten-, gruppenspezifische sowie zeitliche und räumliche Bedingtheit von Sozialisationsabläufen erkennen und sich für den Abbau derjenigen Entwicklungsprozesse einsetzen, die die Selbstverwirklichung des Individuums be- bzw. verhindern.
8. Der Schüler soll erkennen, daß von der Qualität des Sozialisationsprozesses die Qualität sozialer Positionen abhängig ist, und sich für solche Sozialisationsformen einsetzen, die der Verwirklichung sozialer Chancengleichheit dienen.
9. Der Schüler soll aufgrund der Erkenntnis, daß Sozialisation immer auch Trieberziehung einschließt, in der Lage sein, Formen der Trieberziehung in Beziehung zu setzen zu sozialem Verhalten (Ich-Stärke, Selbstbewußtsein, Aggressivität, Autoritätsbindungen).

1.2 Inhalte

A. Begriffsbestimmung

- a) als Lernprozeß: Die Menge all derjenigen Prozesse, durch die das Individuum sich den sozialen Erfordernissen der Umwelt gegenüber allmählich anpaßt oder dazu veranlaßt wird, indem es sich die Normen der sozialen Umwelt zu eigen macht und allmählich lernt, diesen kulturellen Normen entsprechend zu handeln, d.h. seine Identität als handlungsfähige Person in einer spezifischen kulturellen Ausprägung gewinnt
- b) als Erziehungsprozeß: die Hineinnahme oder „Einwanderung“ der Gesellschaft in das menschliche Subjekt mit dem Ergebnis seiner fortschreitenden Eingliederung in die betreffende Gesellschaft als die für es gültige Bezugsgruppe und des Vermögens zur sozialen Interaktion, d.h. zur Übernahme von sozialen Rollen
- c) Sozialisation: Befähigung zur Anpassung oder Befähigung zur Selbstbestimmung?
- B. Funktion von Sozialisation als Vermittlung und Kontrolle der in einer Gesellschaft herrschenden Werte, Normen und Techniken in ihrer Abhängigkeit

- oa) von der Stabilität bzw. Instabilität von Normen und Lerninhalten
- b) von der konkurrierenden Pluralität von allgemeinen Sozialisationszielen und Erziehungsleitbildern
- c) von der sozialen Schichtzugehörigkeit des zu sozialisierenden Individuums
- d) von der regionalen Zugehörigkeit des Individuums (Stadt – Land)
- C. Sozialisationsbereiche und ihre Träger
 - a) Die Kern- oder Kleinfamilie als Bereich der primären Sozialisation
 - aa) Sozialisierung: Anlage des psycho-physischen Untergrundes der werdenden Persönlichkeit in der affektiven Mutter-Kind-Beziehung
 - bb) Grundlegende Mechanismen frühkindlichen Lernens in der oralen, analen und infantil-genitalen Phase.
 - cc) Enkulturation: Der Aufbau der kulturellen Persönlichkeit durch Vermittlung der Sprache: Übernahme von Wertorientierungen
 - dd) Schichtenspezifische Sozialisationsprozesse bis zum Schuleintritt (sozialer Verkehrskreis, Kinderzahl, Berufstätigkeit der Familienmitglieder, Wohnungsgröße und -ausstattung, Konsumniveau, Kulturkonsum, Freizeitmuster, Sprachmuster: restriktiver-elaborierter Kode)
 - ee) Die Entstehung von Sozialisationschwierigkeiten durch Rollenunterschiede und -gegensätze zwischen Erwachsenen und Kindern (Arbeit – Spiel; Sexualität – Tabu; Autorität – Gehorsam)
 - ff) Einwirkungen von Erziehungsstilen
 - gg) Die Familie: Reproduktionsfaktor des jeweiligen gesellschaftlichen Wertsystems?
 - b) Bereiche sekundärer Sozialisation
 - aa) Einflüsse sozialkultureller Institutionen (Kindergarten, Hort, Schule, Heim, informelle Jugendgruppen, Vereine)
 - bb) Einflüsse der Gesamtgesellschaft über Massenkommunikationsmittel
 - cc) sozialisationspezifische Strukturmerkmale der Schule als gesellschaftlicher Spezialeinrichtung systematischen Lernens

- aaa) Antiautoritäre Vorschulerziehung?
- bbb) Schule als Autoritätsverhältnis zwischen Lehrern und Schülern (Die Sozialisationsfunktion des Lehrers)
- ccc) Schule als soziales System partnerschaftlicher Beziehungen zwischen Schülern und Lehrern (Aspekte und Lehrerrolle)
- ddd) Schule als Verbindungsbereich zwischen intimer Privatheit der Familie und sachbezogenen Bereichen der Leistungsgesellschaft und politischer Öffentlichkeit
- eee) schulische Sozialisation und die Anforderungen des beruflichen und politischen Lebens
- fff) unterschiedliche soziale Leitbilder im Lehrprogramm (z.B. Menschenbild als Ideologie)
- ggg) Schule als Selektions- und soziale Plazierungsinstanz (Analyse der Postulate von Chancengleichheit – Erziehung und Emanzipation – kompensatorische Erziehung – Selbst- und Mitbestimmung der Schüler)
- hhh) Entstehung, Aufgaben und Veränderung des dreigliedrigen Schulsystems in der BRD

- D. Sozialisation in ihrer Abhängigkeit von dem jeweiligen soziokulturellen System
- a) Die Sozialisationsinstanz der Großfamilie als totale Lebensgemeinschaft in statischen Agrargesellschaften
 - b) Die Sozialisationsinstanz der Schule: Zuweisung des sozialen Status durch sogenannte abgeschlossene Bildung und Ausbildung (Bildungsbürgertum)
 - c) Die Sozialisationsinstanz der Schule als ‚lebenslanger Lernprozeß‘ in komplexen, dynamischen Industriegesellschaften

2. Problemfeld Kommunikation

2.1 Lernziele

1. Der Schüler soll für das Problemfeld wesentliche Begriffe kennen und inhaltlich erklären können.
2. Der Schüler soll anhand eines Kommunikationsmodells wesentliche Elemente des Kommunikationsprozesses erkennen und Kommunikationssituationen nach interpersonalen Gruppen- und Massen-Kommunikationssituationen unterscheiden können.

3. Der Schüler soll erkennen, daß die typischen Kommunikationssituationen durch soziale Beziehungsverhältnisse im gesellschaftlichen Zusammenleben strukturiert werden.
4. Der Schüler soll erkennen, daß Kommunikation und Interaktion sich wechselseitig bedingen.
5. Der Schüler soll die Verknüpfung von gesellschaftlichem Handeln, sozialem System und sozialer Kommunikation erkennen und den Zusammenhang zwischen Rollenverteilung, sozialem Status und Kommunikationsmöglichkeiten feststellen können.
6. Der Schüler soll erkennen, daß der Anteil am Kommunikationsprozeß nach sozialen Schichten verschieden ist.
7. Der Schüler soll die regulative Funktion von Sprache für Meinungsbildung und gesellschaftliches Verhalten feststellen.
8. Der Schüler soll erkennen, daß sein Verhalten abhängig ist von Informationen und seiner Fähigkeit, sie aufzunehmen und zu verarbeiten.
9. Der Schüler soll erkennen, daß es objektive Informationen nicht gibt, und fähig werden, in Sprache Information und Intention zu unterscheiden.
10. Der Schüler soll die Interessengebundenheit von Information und Meinungsäußerung erkennen.
11. Der Schüler soll fähig werden, in Informationen das Interesse des Senders zu erkennen.
12. Der Schüler soll fähig und bereit sein, eigene Interessen mittels Sprache durchzusetzen.
13. Der Schüler soll erkennen, daß nicht nur der Sender Informationen selektiv vermittelt, sondern daß auch er als Empfänger entsprechend seiner Einstellung und Interessenlage Informationen auswählt.
14. Der Schüler soll erkennen, daß viele Informationen von ihm nicht überprüfbar sind, und bereit sein, im Einzelfall mehrere Informanten zu befragen.
15. Der Schüler soll erkennen, daß der Besitz von Informationen Machtausübung wie auch Machtkontrolle bedeutet und daß die Vorenthaltung von Informationen Machtkontrolle erschwert und so vorhandene Machtpositionen stärkt.
16. Der Schüler soll erkennen, daß die Fähigkeit zur Teilhabe am politischen Geschehen, zur Einflußnahme auf öffentliche Entscheidungsprozesse und zur

demokratischen Kontrolle politischer Macht und Herrschaft von Informationsstand, Kommunikationsfähigkeit und der Möglichkeit einer qualifizierten Urteilsbildung abhängt.

17. Der Schüler soll beurteilen können, inwieweit allen Wählerschichten eine Beurteilung politischer Vorgänge möglich ist bzw. ermöglicht wird.
18. Der Schüler soll die politische Aufgabe der Massenmedien – Information, Meinungsbildung und öffentliche Kontrolle – kennzeichnen können.
19. Der Schüler soll beurteilen können, inwieweit die Massenmedien dem Ab- oder Aufbau politischer Vorurteile, gesellschaftlicher Gegensätze und nationaler Stereotype dienen.
20. Der Schüler soll überprüfen können, inwieweit scheinbar unpolitische Aussagen in Massenmedien politische Wirkungen erzeugen.
21. Der Schüler soll Massenkommunikation als „Einbahnkommunikation“ kennzeichnen und die aus dieser speziellen Kommunikationssituation erwachsenden Manipulationsgefahren erkennen können.
22. Der Schüler soll die Techniken der Manipulation durchschauen lernen.
23. Der Schüler soll erkennen, daß in unserer Gesellschaft die durch Massenmedien vermittelten Informationen wie Waren ge- und verkauft werden, und wissen, welche Probleme daraus erwachsen.
24. Der Schüler soll die Problematik der privatwirtschaftlich organisierten Informationsträger kennenlernen, insbesondere Konkurrenzfähigkeit, Abhängigkeit von Inserenten, vom Verleger; Monopolisierung und Pressekonzentration.
25. Der Schüler soll die Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Kontrolle der Informationsträger reflektieren.
26. Der Schüler soll fähig und bereit sein, einfache Kommunikationsstrategien zu entwickeln (z.B. Diskussions-, Debattierfähigkeit) und in der gesellschaftlichen Kommunikation zu verwirklichen.

2.2 Inhalte

- A. Kommunikationsmodelle – Kommunikation in verschiedenen Sozialbereichen (siehe auch Problemfeld 1)
- B. Medien als Kommunikationsapparate
 - a) Die medialen Institutionen und ihre Produkte

- b) Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film als wichtige Faktoren der öffentlichen Meinungsbildung
- c) Reichweite der Medien
- d) Aktivitätsbereiche der Massenmedien: Information – Unterhaltung – Manipulation – Sozialisation
- e) Die Wechselbeziehung zwischen Kommunikatoren und Rezipienten

C. Werbung

- a) Der makro-ökonomische Aspekt*
- b) Der mikro-ökonomische Aspekt*
- c) Ziele, Möglichkeiten und Grenzen der Werbung
- d) Methoden der Werbung (Werbefachleute studieren Freud – Leitbilder für Jedermann – verborgenes Verlangen schafft Märkte – der sexuelle Beiklang – die Rolle der Frau in der Werbung – Prestige zu hohen Preisen)
- e) Verbraucherberatung als Schutz gegen Manipulation?

D. Innerbetriebliche Strukturen der Medien – Struktur und Ziele privatwirtschaftlich organisierter Zeitungsverlage

- a) Pluralistischer Entscheidungsprozeß oder hierarchische Befehlsstruktur?
- b) Die Presse als ein auf Gewinn gerichtetes Gewerbe in ihrer Determiniertheit durch die Gesetze der Warenproduktion

E. Konzentration auf dem Informationsmarkt

- a) Besitz und Kontrolle der Massenmedien
- b) Ökonomische Konzentration als Voraussetzung für politisch-gesellschaftliche Konzentration
- c) Medienkonzentration und Meinungsbildung – Verfall der öffentlichen Meinung – Demagogie

F. Öffentlichkeit: Meinungsmärkte oder Meinungskontrolle?

- a) Politischer Funktionswandel der Öffentlichkeit (Habermas)
- b) Das Problem der Parteien- und Verbandskontrolle von Rundfunk- und Fernsehanstalten
- c) Kriterien der sozialen Zusammensetzung des massenmedialen Publikums: Geschlecht, Alter, Schulbildung, Berufsposition, Einkommen, Größe des Wohnortes
- d) Schicht- und gruppenspezifische Manipulation in der Massenpresse.

G. Massenkommunikation und Demokratie

*) siehe Glossar

- a) Das Grundrecht der Pressefreiheit: Anspruch und Wirklichkeit
- b) Die rechtliche Struktur der Rundfunk- und Fernsehanstalten in der BRD
- c) Die Freiheit der Meinungsbildung und die Stellung der Meinungsbildner
- d) Vielzahl kritischer, ausführlicher Informationsquellen: Garant objektiverer Information?

H. Medienentwicklung

- a) Das kommerzielle Fernsehen
- b) Der Büchermarkt (Taschenbuch—Buchgesellschaften)
- c) Das neue Medium des Kassettenfernsehens

3. Problemfeld Sozialer Wandel

3.1 Lernziele

1. Der Schüler soll für das Problemfeld wesentliche Begriffe kennen und inhaltlich erklären können.
2. Der Schüler soll erkennen, daß eine Interdependenz zwischen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen besteht.
3. Der Schüler soll erkennen, daß soziale Mobilität eine Folge wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungsprozesse ist.
4. Der Schüler soll mit Hilfe eines historischen Vergleichs die Beschleunigung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungsprozesse erkennen.
5. Der Schüler soll Gründe dieses Beschleunigungsprozesses kennen, und er soll beurteilen können, wie sich diese Veränderungen auf sein eigenes Leben und die ihn umgebende Gesellschaft auswirken.
6. Der Schüler soll erkennen, daß lebenslanges Lernen und Mobilität notwendig sind, und bereit sein, sich an Veränderungsprozessen aktiv zu beteiligen.
7. Der Schüler soll erkennen, daß sozialer Aufstieg nicht allein von seiner Tüchtigkeit, sondern auch von den sich wandelnden sozialen Chancen abhängt.
8. Der Schüler soll fähig und bereit sein, an der Entwicklung von Strategien zur Überwindung sozialer Ungleichheit mitzuwirken und entsprechend zu handeln.
9. Der Schüler soll erkennen, daß als Folge beschleunigter Veränderungen Verhaltensunsicherheiten auftreten können, und er soll lernen, Verhaltensweisen zu entwickeln, die ihn gegen Rollenwechsel relativ unabhängig machen.
10. Der Schüler soll reflektieren, welche Folgen entstehen, wenn sich Einzel-

personen von öffentlichem Rang, Interessengruppen, Institutionen und Medienpublikationen an Leitbildern der Vergangenheit orientieren.

11. Der Schüler soll lernen, politische Parolen, Thesen, Programme und geschichtliche Entscheidungen auf die ihnen zugrundeliegenden gesellschaftlichen Leitbilder hin zu analysieren, um bei gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftspolitischen Entscheidungen gegen auftretende Ideologien sich wehren zu können.
12. Der Schüler soll erkennen, daß die beschleunigten Veränderungsprozesse in der komplexen und dynamischen Industriegesellschaft eine langfristige und variable Vorausplanung verlangen, um Fehlentwicklungen und Fehlentscheidungen vorzubeugen, und er soll bereit sein, sich für derartige Programme politisch zu entscheiden und einzusetzen.
13. Der Schüler soll Theoreme zur Erklärung des sozialen Wandels* und die Wirkung sozialer Innovationen kennen.

3.2 Inhalte

- A. Interdependenz* zwischen gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnissen
 - a) Wirtschaftsbedingte Strukturelemente der vorindustriellen Gesellschaft
 - aa) Subsistenzwirtschaft und Großfamilie
 - bb) Agrarwirtschaft und die religiöse Formierung des gesellschaftlichen Lebens
 - cc) Agrarkultur und soziale Autoritätsstruktur
 - b) Die sozio-ökonomischen Bedingungen für die Strukturveränderungen der modernen Industriegesellschaft
 - aa) Säkularisierung der Gesellschaft durch die moderne Wissenschaft und technischer Fortschritt
 - bb) Arbeitsteilung, Kapitalismus, Industrialisierung und die Differenzierung und Spezifizierung der modernen Gesellschaft (Wandel der Familienstruktur von der Großfamilie zur Kleinfamilie, Desintegration der modernen Kleinfamilie, Entstehung neuer, deren Funktionen übernehmender Sozialgebilde)
 - cc) Wirtschaftliche Spezialisierung, Konzentration und die Funktions- und Autoritätsdifferenzierung der Geschlechter
 - dd) Wirtschaftliches Wachstum und die moderne Freizeit- und Verbrauchergesellschaft
- B. Interdependenz zwischen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen

*) Siehe Glossar „Sozialer Wandel“

- a) Das Interdependenzverhältnis des privaten und öffentlichen Patriarchalismus in einfachen, strukturkonformen Agrargesellschaften
 - b) Das Interdependenzverhältnis zwischen den geistigen Bewegungen (Liberalismus, Sozialismus, Nationalismus), der wirtschaftlichen Entwicklung (Marktwirtschaft, Zentralverwaltungswirtschaft und der Entstehung politischer Strukturen (demokratischer Rechtsstaat, Volkdemokratien, faschistischer Systeme)
- C. Soziale Schichtung
- a) Der Ursprung der sozialen Ungleichheit
 - b) Klärung der Begriffe: Schicht – Position – Status – Prestige – Kaste – Stand – Klasse
 - c) Der Statusaufbau der mittelalterlichen Ständegesellschaft
 - d) Wandlungsimpulse im Frühindustrialismus
 - e) Grundgedanken und Prognosen der Marxschen Klassentheorie
 - f) Entwicklungstendenzen seit Marx: Das Überleben des „alten Mittelstandes“
 - g) Der neue Mittelstand der Angestellten
 - h) Das Problem der Elite a) Begriff, b) Pluralität der Eliten, c) geschlossene und offene Elite, d) Aufstieg in die Elite, e) Elite – Führungsgruppe – Oberschicht i)
 - i) Statusdifferenzierungs- und Schichtungstendenzen in der BRD
 - aa) Die „Ungleichheitsthese“ im Leitbild der „antagonistischen Klassengesellschaft“ (W. Abendroth)
 - bb) Die „Differenzierungsthese“ im Leitbild der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (H. Schelsky)
 - j) Schichtspezifische Verhaltensdifferenzierung in der BRD
- D. Soziale Mobilität
- a) Ursachen und Folgen der Bevölkerungsexplosion
 - b) Formen der Bevölkerungsregulierung
 - c) Formen der sozialen Mobilität
 - aa) Horizontale Mobilität als Folge wirtschaftlicher und politischer Veränderungsprozesse
 - bb) Vertikale Mobilität (Auf- und Abstiegsprozesse)
- E. Theorien des sozialen Wandels
- a) Ansätze zur Klärung des sozialen Wandels
 - aa) Auguste Comtes Drei-Stadienlehre*
 - bb) Marx Histomat*
 - cc) Toynbees Prinzip von „challenge and response“*
 - dd) W. F. Ogburns Theorie des „cultural lag“**
 - b) Die Wirkung sozialer Innovationen: kumulative Akzelerationsprozesse

*) Siehe Glossar „Sozialer Wandel“

4. Problemfeld Gesellschaftliche Ordnungen

4.1 Lernziele:

1. Der Schüler soll für das Problemfeld wesentliche Begriffe kennen und inhaltlich erklären können.
2. Der Schüler soll die in unserer Gesellschaft institutionalisierten Entscheidungsträger kennen.
3. Der Schüler soll befähigt werden, das politische und gesellschaftliche System, in dem er lebt, zu analysieren und mit anderen zu vergleichen.
4. Der Schüler soll erkennen, inwieweit politische Entscheidungen von der Meinung der Bürger, dem Einfluß von Interessengruppen und von „sachlichen Gegebenheiten“ abhängen.
5. Der Schüler soll unterschiedliche Organisationsformen des Staates kennen und beurteilen.
6. Der Schüler soll die Funktion der politischen Parteien in unterschiedlichen Systemen analysieren.
7. Der Schüler soll die Formen und die Arbeitsweise von Interessenverbänden kennenlernen.
8. Der Schüler soll die Aktivitäten beurteilen lernen, die von den Interessenverbänden eingesetzt werden, um öffentliche Meinung, Parteien und institutionalisierte Entscheidungsträger zu beeinflussen.
9. Der Schüler soll die Möglichkeiten kennen und beurteilen lernen, die ihm als zukünftigem Wähler zur Durchsetzung seiner politischen Meinung zur Verfügung stehen.
10. Der Schüler soll üben, Strategien zu entwickeln und anzuwenden, um seine eigene Meinung in einem parlamentarischen System durchsetzen zu können.
11. Der Schüler soll das Konflikt- und Harmoniemodell kennen, reflektieren, deren Stimmigkeit an der Realität prüfen und die Modelle beurteilen.
12. Der Schüler soll befähigt werden, sich über die Formen der Konfliktaustragung ständig zu informieren und über die verfassungsmäßigen Durchsetzungsverfahren zu reflektieren.
13. Der Schüler soll die Formen der Koalition und der Solidarisierung kennenlernen, die zur Verwirklichung von Interessen zur Verfügung stehen.

14. Der Schüler soll erkennen, welche Bedeutung der Kompromiß im politischen Entscheidungsbereich hat.

4.2 Inhalte

A. Begriffsbestimmung des Staates:

- a) Eine feste Organisationsform eines Teils der Menschheit mit arbeitsteiliger Wirtschaft und geschichteter Gesellschaft von entsprechender Kulturhöhe auf einem abgegrenzten Raum und in einer bestimmten Zeit unter einer Herrschaftsmacht zum Zweck des geordneten Zusammenlebens (nach Wallner).
- b) „Ein auf das Mittel der legitimen, d.h. als legitim angesehenen Gewaltbarkeit gestütztes Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen. Damit er bestehe, müssen sich also die beherrschten Menschen der beanspruchten Autorität der jeweils herrschenden fügen“ (Max Weber).
- c) „Eine von realen gesellschaftlichen Gruppen getragene Institution. Endgültige Entscheidungsbefugnis des Staates heißt also, daß bestimmte Gruppen das Recht usurpieren, allen anderen ihren Platz in der Gesellschaft zuzuweisen“ (R. Dahrendorf).

B. Begriffsbestimmung der Politik und des Politischen:

- a) als Staatskunst: aktive Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten; zweckorientiertes Handeln und Verhalten, das auf die Ordnung und Gestaltung eines Herrschaftsverbandes abzielt; als die Wissenschaft von den öffentlichen oder Staatsangelegenheiten, ihren Strukturen und Funktionen, den im Bereich eines Herrschaftsverbandes ablaufenden Prozessen und dem staatsrelevanten sozialen Handeln von Personen und Gruppen (nach Wallner).
- b) als das „Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt“ (Max Weber)
- c) „als gesellschaftliches Handeln (d.h. Handeln, das zweckhaft auf das Verhalten anderer bezogen ist), welches darauf gerichtet ist, gesellschaftliche Konflikte über Werte (einschließlich materieller Güter) verbindlich zu regeln“ (G. Lehmbruch).

C. Gesellschaft und Staat – Staat und Gesellschaft

- a) Die Universalität sozialer Beziehungen, sozialer Interaktionen und Kommunikation
- b) Das Angewiesensein des Menschen als „Mängelwesen“ auf das Zusammenleben

mit anderen Menschen.

- c) Die Verdichtung menschlicher Wechselbeziehungen zu Verhaltensgleichförmigkeiten, Sitte und Brauch als Stabilisatoren menschlichen Daseins.

- D. Gesellschaft als pluralistisches Konfliktmodell
 - a) Sozialer Konflikt als allgemeines Phänomen
 - b) Negative und positive Bewertung des sozialen Konflikts
 - c) Klassifizierung sozialer Konflikte (Dahrendorf):
 - aa) Konflikte innerhalb einzelner und zwischen einzelnen Rollen (z.B. der Familien- und Berufsrolle des Mannes),
 - bb) Konflikte innerhalb einzelner sozialer Gruppen (z.B. zwischen dem Vorstand eines Vereins und seinen Mitgliedern),
 - cc) Konflikte zwischen Gruppierungen innerhalb von gesellschaftlichen Teilbereichen (z.B. zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften),
 - dd) Konflikte zwischen Gruppierungen, die eine ganze Gesellschaft erfassen (z.B. zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien),
 - ee) Konflikte innerhalb größerer überwölbender Einheiten (z.B. zwischen Staaten oder Staatenföderationen).
 - d) Formen der Konfliktaustragungen: Protestkundgebungen – Demonstrationen – Bürgerinitiativen – Streik – Aussperrung – Tarifverhandlungen – Schlichtungsausschüsse – Gewalt usw.

- E. Gesellschaft als antagonistische Klassengesellschaft

- F. Politische Systeme
 - a) Idealtypische klassische Formen
 - aa) Monarchie
 - bb) Aristokratie
 - cc) Demokratie

 - b) Idealtypische heutige Formen
 - aa) der repräsentative Verfassungsstaat
 - bb) die reale Volksherrschaft
 - cc) der marxistisch-kommunistische Staat
 - dd) die pluralistische Funktionsgemeinschaft
 - ee) der personenbezogene Regierungsstaat

 - c) Reale politische Systeme: z.B. das politische System der BRD, der DDR . . .

- G. Parteiwesen
 - a) Begriffsbestimmung

- b) Parteitypen (Wähler- und Mitgliederparteien, Rechts- und Linksparteien, Klassen- und Volksparteien, konservative und progressive, reaktionäre und radikale Parteien)
- c) Soziostruktur der Parteien und Parteiensysteme
- H. Interessenverbände und ihre Aktivität im politischen Raum
 - a) durch Appelle an die öffentliche Meinung
 - b) durch Einflußnahme auf Parteien, Entscheidungsgremien, Regierungsstellen und politische Persönlichkeiten
 - c) durch die Aufstellung von Verbandsfunktionären, die zugleich Parteimitglieder sind, zu Abgeordnetenkandidaten
 - d) Gliederung der Interessenverbände: Wirtschaftsverbände (z.B. Industrie, Handel, Landwirtschaft) — Glaubensgemeinschaften — politische Verbände (kommunale Spitzenverbände, Staatsbürgerverbände)
- I. Wahlsoziologie
 - a) Wahlbeteiligung
 - b) Wahlentscheidung
 - c) Wählerfluktuation
 - d) Wahlkampf
 - e) Wählerverhalten
- J. Politische Durchsetzungsstrategien
 - a) Propagierung von Meinungen
 - aa) Möglichkeiten der Nutzung von Publikationsmitteln
 - bb) Flüsterpropaganda
 - cc) Agitation
 - dd) Veränderung von Gruppennormen durch gezielte Diskussionen
 - ee) schrittweise Entwicklung alternativer Gedanken
 - b) Diskussionsstrategie
 - aa) Vorbereitung einer Diskussion
 - bb) antagonistische Rollenspiele
 - cc) dialektische Auswertung von Argumenten
 - c) Spielregeln der Konfliktaustragung
 - aa) Bedingungsprüfung
 - bb) Kalkulation der divergierenden Rollen
 - cc) Zielprojektion und Rückzugsübung

- dd) Kompromißangebote
 - ee) Alternativvorschläge
 - ff) Abstimmungsverfahren
- d) Ausübung von Kontrolle
- aa) Informationsanalysen
 - bb) Rechtswegnutzung
 - cc) gezielte Öffentlichkeitsarbeit
 - dd) Druckausübung bei nicht gewährter Öffentlichkeit
 - ee) Mitbestimmung in unterschiedlichen Gremien
 - ff) Delegation von Kontrollfunktionen
- e) Nutzung der Koalitionsmöglichkeiten
- aa) Bildung von Interessengruppen (Bürgerinitiativen)
 - bb) Gründung von Vereinen und Verbänden
 - cc) Mitgliedschaft in Parteien und Verbänden
 - dd) Flügelbildung innerhalb einer Großorganisation
 - ee) Versammlung
 - ff) Kooperation mit anderen Vereinigungen
 - gg) Kaderbildungen

5. Problemfeld „Macht und Herrschaft“

5.1 Lernziele

1. Der Schüler soll für das Problemfeld wesentliche Begriffe kennen und inhaltlich erklären können.
2. Der Schüler soll das Entstehen von Herrschaft und Macht erklären.
3. Der Schüler soll Formen von Herrschafts- und Machtausübung beschreiben können.
4. Der Schüler soll erkennen, daß sich Herrschaft im Gegensatz zur Macht auf einen Glauben an ihre Legitimität stützt.
5. Der Schüler soll Beispiele für Legitimation von Herrschaft nennen können und diese Begründungen auf die ihnen zugrunde liegenden Normen befragen.
6. Der Schüler soll die Bedeutung von Normen, Ideologien, und Technologien (Systemzwänge im Gegensatz zu Sachzwängen) für Abhängigkeitsverhältnisse aufzeigen können.
7. Der Schüler soll erkennen, daß soziale Kontrolle eine mögliche Form der Herrschaft oder Macht darstellt und Beispiele benennen, in denen er selbst Herrschaft oder Macht ausübt bzw. diese auf ihn ausgeübt wird.

8. Der Schüler soll Beispiele von institutionalisierter Herrschaft nennen und das Funktionssystem analysieren.
9. Der Schüler soll Machtstrukturen beschreiben und die Techniken und Strategien der machtausübenden Personen oder Personengruppen untersuchen.
10. Der Schüler soll die Rolle des Staates und seiner Institutionen als Herrschaftsinstrument bzw. als Kontrollinstrument reflektieren.
11. Der Schüler soll die Notwendigkeit einzelner Herrschaftsstrukturen untersuchen und gegebenenfalls begründen können.
12. Der Schüler soll erkennen, daß der Anspruch auf Herrschaft dem Anspruch auf Selbstbestimmung widerspricht und daß der Gegensatz zwischen Beherrschten und Herrschenden, zwischen Selbst- und Fremdbestimmung, Ursache gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Auseinandersetzungen ist.
13. Der Schüler soll die Theorie des Pluralismus (Countervailing power – Macht und Gegenmacht begrenzen sich wechselseitig) und die Theorie des Antagonismus (Klassenkampf infolge der Trennung von Arbeit und Kapital) kennen.
14. Der Schüler soll diese Gesellschaftsmodelle an der Wirklichkeit kritisch überprüfen, die den Theorien zugrunde liegenden Normen und Ideologien erkennen und die Modelle beurteilen.
15. Der Schüler soll erkennen, daß der Konflikt auch ein konstitutives Element des gesellschaftlichen Pluralismus darstellt und somit als „normale“ Form der sozialen Interaktion und als ein Bestandteil des gesellschaftlichen Prozesses betrachtet werden muß.
16. Der Schüler soll erkennen, daß unterschiedliche Gesellschaftstheorien jeweils andere Formen der Konfliktaustragung bewirken.
17. Der Schüler soll erkennen, daß Konflikte die Herrschenden zwingen, ihre Herrschaft immer wieder neu zu legitimieren.
18. Der Schüler soll die gegenwärtig herrschenden Regelsysteme von Konflikten kritisch beurteilen und neue Techniken und Strategien der Konfliktaustragung reflektieren.
19. Der Schüler soll Demokratie als Prozeßcharakter (Demokratisierung) zum Zwecke des Abbaus von Fremdbestimmung begreifen.
20. Der Schüler soll Techniken des politischen Handelns üben, die dem Abbau von Fremdbestimmung dienen.

5.2. Inhalte

A. Herrschaft

a) Begriffsbestimmung:

- aa) ein Grundverhältnis der Gesellschaft, das gekennzeichnet ist durch die Aneignung fremder Arbeitsleistung durch Nichtarbeitende, und zwar auf Grund von Herrengewalt an den entscheidenden Wirtschaftsmitteln (W. Hofmann)
- bb) ein auf Dauer angelegtes, durch Institutionen geregeltes Verhältnis, das Legitimität beansprucht und nur gesichert ist, wenn ihm diese von seiten der Beherrschten zugesprochen wird (nach Max Weber)

b) Entstehung von Herrschaft

- aa) Endogener Ursprung: soziale Differenzierung durch Arbeitsteilung nach Geschlechtern, nach Alter (Gerontokratie) auf Grund bestimmter Fertigkeiten (Ausübung des Kultus – Priesterherrschaft)
- bb) Exogener Ursprung: Überlagerung oder Überschichtung bestimmter ethnischer Einheiten durch andere (Überschichtung von Jäger – Sammlerinnen und Pflanze – Bauern durch Hirtennomaden und Wikinge)

c) Herrschaftstypen (nach Max Weber)

- aa) Legale Herrschaft kraft Satzung
- bb) Traditionelle Herrschaft kraft Glaubens an die Heiligkeit der von jeher vorhandenen Ordnungen und Herrengewalten
- cc) Charismatische Herrschaft kraft spontaner Hingabe an die Person des Herrn und ihre Gnadengabe, bes. magische Fähigkeiten, Offenbarungen oder Heldentum, Macht des Geistes und der Rede

B. Macht

- a) Begriffsbestimmung: als jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht (Max Weber). Macht kann also auch auf Gewalt beruhen, ist aber keineswegs identisch mit ihr.
- b) Formen und Bereiche sozialer Macht
 - aa) Macht als Erscheinungsform von Herrschaft in Politik und Wirtschaft
 - bb) Macht bei Fehlen der Herrschaftsgrundlage

C. Autorität

- a) „Herrschafts“-Autorität auf Grund von Tradition, Glaubensvorstellungen, Vorrechten der Geburt und des Besitzes – absolute, prinzipielle und ewige Scheidung zwischen Führer und Geführten

- b) „Auftrags“- bzw funktionale Autorität auf Grund von Leistung und Verpflichtung gegenüber Sachgesetzen – partielle, graduelle und temporäre Scheidung zwischen Führern und Geführten
- c) Autoritätsträger
 - aa) Personen
 - bb) Gesamtgruppen
 - cc) gesellschaftliche Teilgruppen
 - dd) Fremdgruppen
 - ee) unpersönliche Wertträger (Symbole)
- D. Die Struktur gesellschaftlicher Führungsgruppen
 - a) Erlangung von bzw. Teilhabe an Verfügungsgewalt über die Produktionsfaktoren bzw. ihren Einsatz im Rahmen der Wirtschaftsstruktur – Möglichkeiten zur Kontrolle von Marktvorgängen und Marktdaten
 - b) Führungspositionen in einem Interessenverband bzw. einer politischen Partei – Möglichkeit zur Beeinflussung der politischen Willensbildung
 - c) Führungspositionen der privaten und öffentlichen Bürokratie – durch Kontrolle eines Verwaltungsapparates, Möglichkeit zur Beeinflussung von Formen, Umfang, Art und Weise des Vollzugs von Weisungen und damit verbunden von Sanktionen
 - d) Zentrale Machtpositionen des Militärs – Möglichkeit zur Erlangung der Entscheidungsgewalt bei Erschütterung der Autorität der politischen Institutionen
 - e) Erlangung eines Meinungsmonopols in der allgemeinen Öffentlichkeit oder in einem gesellschaftlich wichtigen Meinungssektor – Möglichkeit zur Teilhabe an der gesellschaftlichen Herrschaftsausübung durch Kontrolle von Nachrichten, Kommentaren, Werbung, Unterhaltung usw.
 - f) Schaffung gesellschaftlich bedeutsamer Führungspositionen seitens weltanschaulicher Verbände, insbesondere der Kirchen (wenn ihre Lehrmeinung ein allgemein anerkanntes Mittel sozialer Normsetzung und Verhaltenskontrolle darstellt)
 - g) Erlangung sozialer Einflußmöglichkeiten durch Teilhabe an einem kollektiven Wissensmonopol im Bildungs- und Forschungssektor der Gesellschaft (Unentbehrlichkeit des Experten)
- E. Auflösungsstrategien autoritärer Herrschaftsstrukturen
 - a) Abbau bzw. Relativierung des Machtpotentials durch Partikularisierung und

Überlagerung der machtausübenden Bereiche der Gesellschaft (konkurrierende Systeme, Pluralismus der Organisationen)

- b) Abbau durch Rationalisierungsprozesse in sozialen Zweckgebilden (Durchsichtigkeit der Verwaltungsakte durch gesetzliche Kontrollorgane)
 - c) Legitimation von Autorität und Herrschaft durch demokratische Willensbildung unter Berücksichtigung der Sacherfordernisse (Institutionalisierung der Kontrolle auf allen Ebenen – Demokratisierung)
 - d) Dialogisierung „funktionaler“ (auf Sachgesetzen gegründeter) Autoritäts- und Herrschaftsstrukturen zwischen den Beteiligten zur Einsichtigmachung der Vernunftgründe für Autorität und Herrschaft (Notwendigkeit aufgeklärten Bewußtseins – weitgehende Information)
- F. Das Verhältnis von Ideologie und Herrschaft

(Ideologie als gesellschaftliche Rechtfertigungslehre zur Absicherung, Legitimierung, Aufwertung und Konservierung sozialer Gegebenheiten im Sinne der Interessen der herrschenden Teile der Gesellschaft)

6. Problemfeld Soziale Chancen

6.1 Lernziele

1. Der Schüler soll für das Problemfeld wesentliche Begriffe kennen und inhaltlich erklären können.
2. Der Schüler soll die Gründe für den Verfassungsanspruch auf Chancengleichheit kennen.
3. Der Schüler soll prüfen, inwieweit die im Grundgesetz postulierte Chancengleichheit in unserer Gesellschaft verwirklicht ist.
4. Der Schüler soll an einzelnen Fällen Folgen von Chancenungleichheit reflektieren.
5. Der Schüler soll die Gründe für Chancenungleichheit erkennen.
6. Der Schüler soll untersuchen, welche gesellschaftlichen Gruppen oder Institutionen an Abbau oder Aufrechterhaltung von Chancenungleichheit interessiert sind und ihre jeweiligen Gründe erkennen.
7. Der Schüler soll reflektieren, ob in anderen Gesellschaftsordnungen alle Gruppen gleiche Startchancen haben.

8. Der Schüler soll erkennen, wie soziale Rollen, die Ungleichheit bedingen, entstanden sind.
9. Der Schüler soll untersuchen, welche gegenwärtigen Rollen Ungleichheit beinhalten.
10. Der Schüler soll alternative Modelle zur Rollenverteilung entwickeln und Folgeprobleme untersuchen.
11. Der Schüler soll erkennen, daß Vorurteile der Gesellschaft den Abbau von Chancengleichheit erschweren.
12. Der Schüler soll reflektieren, inwieweit im Bereich der Bildung Chancengleichheit besteht.
13. Der Schüler soll Sprachbarrieren als eine Form der Chancengleichheit erkennen und Möglichkeiten zu ihrer Überwindung reflektieren.
14. Der Schüler soll Techniken und Strategien üben, die bestehende Ungleichheit vermindern oder abbauen können.
15. Der Schüler soll sich für Chancengleichheit einsetzen.

6.2 Inhalte

- A. Das Postulat der Chancengleichheit nach dem Grundgesetz im Spiegel der Wirklichkeit
 - a) Alte Menschen in Familie und Gesellschaft – soziale Aspekte in der Gerontologie*
 - b) Vorurteile als Hindernis der Resozialisierung von Straffälligen
 - c) Obdachlose
 - d) Gastarbeiter
 - aa) Gastarbeiter als Subproletariat
 - bb) Rechtsstellung der ausländischen Arbeitnehmer in der BRD
 - cc) Gastarbeiter als funktionalisierbare und auswechselbare Arbeitskräfte
- B. Chancengleichheit im Spiegel der Bildungsgesellschaft
 - a) Schichtenspezifische Sozialisationsprozesse als Determinanten des Schulerfolges und die besondere Bedeutung der Sprachentwicklung des Kindes (Oevermann)
 - aa) Abhängigkeit des sprachlichen Ausdrucks von der sozialen Herkunft (Oevermann)
 - bb) Beteiligung von Kindern der Unterschicht an Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen

*) Siehe Glossar

- b) Bildungsschranken für Mädchen: Arbeitsteilung und Ideologie (H. Pross)
- C. Funktion und Folgen sozialer Ungleichheiten
- a) Arbeitsteilung und herrschaftliche Teilung der Gesellschaft
- b) Definition und Interpretation des Ideologiebegriffs (siehe unter „Macht und Herrschaft“)

7. Problemfeld „Eigentum“

7.1 Lernziele

1. Der Schüler soll für das Problemfeld wesentliche Begriffe kennen und inhaltlich erklären können.
2. Der Schüler soll beschreiben, wie Eigentum entsteht und Eigentumsformen unterscheiden können.
3. Der Schüler soll erkennen, daß Eigentumsverhältnisse einem beständigen geschichtlichen Wandel unterworfen sind.
4. Der Schüler soll die Produktionsfaktoren kennen.
5. Der Schüler soll den Anteil der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital an der Entstehung neuer Werte reflektieren, den Stellenwert dieser Fragestellung in der Gesellschaft beurteilen und mögliche Antworten ideologie-kritisch hinterfragen.
6. Der Schüler soll die Begründung der gegenwärtig liberalen Eigentumstheorie – (Privateigentum als Instrument des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts und als Voraussetzung der Freiheit) kennen und beurteilen.
7. Der Schüler soll die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes inhaltlich kennen und reflektieren.
8. Der Schüler soll die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in der BRD analysieren und in Beziehung setzen zu den Postulaten des Grundgesetzes.
9. Der Schüler soll erkennen, daß die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialordnung nur *eine* nach dem Grundgesetz mögliche Ordnung ist (Leibholz).
10. Der Schüler soll erkennen, daß der Besitz von Produktionsmitteln oder die Verfügungsgewalt darüber Macht verleiht und die gesellschaftspolitischen Konsequenzen reflektieren.

11. Der Schüler soll wissen, daß Wettbewerb Kapitalkonzentration zur Folge hat und dadurch Wettbewerb verringert. Er soll erkennen, daß Kapitalkonzentration Machtkonzentration bedeutet.
12. Der Schüler soll erkennen, daß Machtkonzentration infolge von Kapitalkonzentration gesellschaftliche Kontrolle notwendig macht.
13. Der Schüler soll erfahren, welche verfassungsmäßigen Kontrollinstitutionen bereits vorhanden sind und ihre Wirksamkeit beurteilen.
14. Der Schüler soll alternative Modelle der Vermögensverteilung und der Kontrolle der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel (z.B. Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, Ertragsbeteiligung, Investivlohn, Vergesellschaftung, Verstaatlichung, Mitbestimmung) kennen und auf ihre Wirksamkeit reflektieren.
15. Der Schüler soll erkennen, daß vergesellschaftetes Eigentum an Produktionsmitteln eine am Wettbewerb orientierte marktwirtschaftliche Ordnung nicht ausschließt.
16. Der Schüler soll erkennen, daß Verstaatlichung das Problem der mit Verfügungsgewalt über Produktionsmittel verbundenen Macht nicht löst, da staatliche Kontrolle nicht zwangsläufig mit gesellschaftlicher Kontrolle gleichzusetzen ist.
17. Der Schüler soll erkennen, daß eine Demokratisierung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel sich in einem demokratischen Prozeß der Willensbildung vollziehen muß.
18. Der Schüler soll sich seiner jeweiligen Interessenlage bewußt werden und bereit sein, sich für die Durchsetzung eines der Lösungsmodelle zu engagieren.

7.2 Inhalte

A. Eigentumsverhältnisse in verschiedenen Gesellschaftsformen

- a) in urtümlichen Gemeinschaften (genossenschaftliches Prinzip)
- b) im Feudalsystem (herrschaftliches Prinzip)
- c) im kapitalistischen System
- d) im sozialistischen System

B. Die Erwerbsgesellschaft

- a) Klärung von Grundverhältnissen und Begriffen: Boden – Arbeit – Kapital (Produktionsfaktor) – Kapitalakkumulation – Gewinn – Lohn – Mehrwert – Wertschöpfung – Konsum – Investition – Geld – Markt (Angebot und Nachfrage) – Preis

- b) Eigentumstheorien („Eigentum als Leerformel“ Topitsch)
 - aa) aprioristische
 - bb) individualistische
 - cc) soziale
 - c) Verfügungsmacht über Produktionsmittel
 - d) Unternehmensstruktur als Machtstruktur
 - e) Der Prozeß der Konzentration
 - aa) Möglichkeiten der Konzentration
 - bb) Problematik der Konzentration
 - cc) Gesetzliche Regelungen (Wettbewerbsordnungen – Verbraucherschutz)
 - f) Zusammenhang von Marktforderung und Marktmacht: Preisbildung im Monopol, Oligopol, Polypol
 - g) Empirische Befunde zur Einkommens- und Vermögensverteilung in der BRD
 - aa) Verteilung des Volkseinkommens auf unselbständige und selbständige Erwerbstätige
 - bb) Struktur des Realvermögens in der BRD
 - cc) Sparfähigkeit und Vermögensbildung
 - dd) Vermögenskonzentration
 - h) Einkommensarten und ihre Beeinflußbarkeit
 - aa) Lohn
 - bb) Zins
 - cc) Grundrente
 - dd) Unternehmergeinn
 - i) Maßstäbe und Zielsetzungen einer gerechten Einkommensverteilung
 - aa) der Kirchen
 - bb) der Parteien
 - cc) der Gewerkschaften
 - dd) der Unternehmerverbände
 - j) Staatliche Maßnahmen zur Einkommensverteilung und Vermögensbildung
 - aa) Steuerliche Maßnahmen zur Einkommensverteilung
 - bb) Maßnahmen zur Vermögensbildung
 - k) Teilhabe der Arbeitnehmer an wirtschaftlicher Macht als politischer Machtzuwachs
 - aa) Die Mitbestimmungsforderung der Arbeitnehmer
 - bb) Gewerkschaft – Streik – Tarifvertrag
- C. Andere Eigentumsmodelle

- a) staatliches Eigentum
- b) gesellschaftliches Eigentum

8. Problemfeld Konsum

8.1 Lernziele

1. Der Schüler soll für das Problemfeld wesentliche Begriffe kennen und inhaltlich erklären können.
2. Der Schüler soll erkennen, daß Konsum als Mittel der Bedürfnisbefriedigung ein elementarer Bereich wirtschaftlichen Handelns und gesellschaftlich relevant ist.
3. Der Schüler soll erkennen, daß das Spannungsverhältnis zwischen den grundsätzlich unbegrenzten Bedürfnissen der Menschen und der prinzipiellen Knappheit der Güter Wirtschaften erforderlich macht.
4. Der Schüler soll erkennen, daß die Auflösung der Einheit von Produktion und Verbrauch Abhängigkeitsverhältnisse hervorgebracht hat.
5. Der Schüler soll erkennen, daß infolge der Technisierung der Produktionsprozesse der Faktor Kapital neben den ursprünglichen Produktionsfaktoren Natur und Arbeit für die Produktion und Verteilung von Gütern entscheidende Bedeutung erlangt hat, daß daher die Chancen zur Befriedigung der Bedürfnisse einer Gesellschaft von der Höhe, Verfügbarkeit und Verwendungsform dieses Faktors abhängen.
6. Der Schüler soll erkennen, daß Geldwirtschaft mit ihren vielfältigen Wert- und Tauschproblemen eine Grundbedingung aller hochentwickelten Systeme zur Regelung von Produktion, Verteilung und Verbrauch ist.
7. Der Schüler soll erkennen, daß das Streben nach Geld das Verhalten der Menschen in fast allen Lebensbereichen beeinflusst und dieses Verhalten kritisch reflektieren.
8. Der Schüler soll erkennen, daß Konsumverhalten nicht nur von der Menge des verfügbaren Geldes abhängt, sondern auch von sozialem Druck mitbestimmt wird (Anziehungskraft des Angebots an Waren und Dienstleistungen, Lebensstandard der Umgebung, Intensität der Werbung).
9. Der Schüler soll untersuchen, in welchem Maße – ihm bewußt oder unbewußt – neue Konsumwünsche in ihm geweckt werden.
10. Der Schüler soll erkennen, daß technischer Fortschritt ständig neue Kaufzwänge auslöst und reflektieren, in welchem Verhältnis technischer Fortschritt, Gebrauchsnutzen und finanzieller Aufwand jeweils stehen.

11. Der Schüler soll Kriterien für sein Konsumverhalten gewinnen und fähig werden, es rational zu steuern.
12. Der Schüler soll Möglichkeiten der Beeinflussung des Marktes durch die Konsumenten kennen, kritisch reflektieren und eigene Lösungsvorstellungen zur Stärkung der Verbraucherposition entwickeln.
13. Der Schüler soll beurteilen können, in welchem Maße die von Großanbietern ausgeübte Marktmacht durch staatliche Eingriffe stabilisiert oder abgebaut wird.

8.2 Inhalte

- A. Allgemeine Grundinformationen über Wirtschaft
 - a) Prinzipielle Knappheit und regionaler Überfluß an Gütern
 - b) Unbegrenzte Bedürfnisse des Menschen
 - c) Notwendigkeit des Wirtschaftens
 - d) Das ökonomische Prinzip
- B. Haushalte und Unternehmungen als Entscheidungsbereiche der Wirtschaft
 - a) Bedürfnisse, Bedarf, Nachfrage, Angebot
 - b) Bedarfsdeckung durch Produktion und Handel
 - c) Verbraucherwünsche als Lenkungsfaktoren der Wirtschaft
 - d) Steuerung der Verbraucherwünsche durch Produktion und Handel
 - e) Geld- und Güterkreislauf zwischen Haushalten und Unternehmungen
- C. Die Produktionsfaktoren
 - a) Die Natur
 - aa) Der Boden als Ernährungsgrundlage
 - bb) Der Boden als Rohstoffquelle
 - cc) Der Kapitalcharakter des Bodens in unserer Wirtschaft
 - dd) Probleme des Bodenrechts
 - ee) Raumordnung und Raumplanung
 - b) Die Arbeit
 - aa) Die soziale Arbeitsteilung
 - bb) Die technische Arbeitsteilung (Arbeitszerlegung, Automation)
 - cc) Arbeit als Ware
 - dd) Politische und soziale Folgeprobleme der Arbeitsteilung
 - ee) Die Bedeutung von Bildung und Forschung für die Produktion
 - ff) Mobilität – Forderungen, Möglichkeiten, Voraussetzungen, Folgen
 - c) Das Kapital
 - aa) Geld- und Sachkapital (Begriffsbestimmung)

- bb) Bedeutung des Sachkapitals für die Wirtschaft
- cc) Neubildung von Sachkapital durch Investition – Kapitalvermehrung
- dd) Geld als Funktion des Kapitals

D. Das Geld im Wirtschaftskreislauf

- a) Arten und Funktion des Geldes
 - aa) Entstehung, Wert und Arten des Geldes
 - bb) Bedeutung des Sparens für den einzelnen und die Wirtschaft
 - cc) Formen der Ersparnisbildung
 - dd) Bedeutung des Kredits für private Haushaltungen und Unternehmungen
 - ee) Die Börse
 - ff) Geld und Güter im Kreislauf der Wirtschaft

- b) Das Bank- und Kreditwesen
 - aa) Tätigkeitsfeld der Banken
 - bb) Bedeutung der Banken für die Wirtschaft
 - cc) Geld- und Kreditschöpfung im Bankwesen
 - dd) Wirtschaftsinteressen der Banken und Kreditinstitute
 - ee) Steuerungsmöglichkeiten der Bundesbank und der Zentralbanken der Länder

- c) Die Währung
 - aa) Entstehung und Funktion
 - bb) Wechsel- und Devisenkurs
 - cc) Ordnung durch Währungssysteme
 - dd) Probleme internationaler Währungsordnungen
 - ee) Währungsstörungen und ihre Folgen
 - ff) Eingriffsmöglichkeiten des Staates (Bundesregierung, Bundesbank)

- d) Inflation – Deflation
 - aa) Ursachen und Erscheinungsformen verschiedener Inflationstypen (schleichende – galoppierende, importierte – hausgemachte, Stagflation ...)
 - bb) Soziale und politische Folgen der Inflation
 - cc) Steuerungsmöglichkeiten des Staates

E. Marktgeschehen und Preisbildung in Theorie und Praxis

- a) Das Marktgeschehen
 - aa) Probleme der Güterverteilung
 - bb) Voraussetzungen für das Marktgeschehen
 - cc) Markt als Treffpunkt von Angebot und Nachfrage
 - dd) Steuerungsfunktionen des Marktes

- b) Die Preisbildung

- aa) Die Technik der Preisbildung in Produktionsbetrieben (Kosten- und Ertragsrechnungen, Darstellung in Kurven . . .)
 - bb) Bestimmung des Preises durch Angebot und Nachfrage (nach der klassischen Theorie und in der Praxis)
 - cc) Die Rolle des Handels bei der Preisbildung
 - dd) Die Rolle des Staates bei der Preisbildung
 - ff) Ideologehaltige Aussagen über Preisbildung
- F. Die Konsumtion (Begriffsbestimmung)
- a) Konsum als Verhaltensweise
 - aa) Verzehr von Verbrauchsgütern zur unmittelbaren menschlichen Bedürfnisbefriedigung
 - bb) Inanspruchnahme von Dienstleistungen, Benutzung und Abnutzung von Gebrauchsgütern zu dem unmittelbaren Zweck der Bedürfnisbefriedigung
 - b) Konsum als Verwendung von Gütern und Dienstleistungen für Produktionszwecke
- G. Die Rolle des Verbrauchers im Wirtschaftskreislauf (makroökonomische Sicht)
- H. Der Haushalt und die Integration der Mittel (mikroökonomische Sicht)
- a) Der wirtschaftlich autonome, überwiegend agrarisch fundierte, unter einheitlicher Leitung produzierende und gemeinsam konsumierende Haushalt der Großfamilie
 - b) Der Haushalt der modernen Kernfamilie und seine Kennzeichen
 - aa) fehlende Autonomie: Verlagerung der Produktion auf die Unternehmen — Abhängigkeit vom Markt
 - bb) Bei reduzierter Haushaltsgröße vermehrte Möglichkeiten der Bedarfsdeckung
 - cc) Vergrößerung der Zahl der wirtschaftlichen Entscheidungen durch Wohlstandsanstieg
 - dd) Gemeinsame Bewirtschaftung der Mittel in ihrer Abhängigkeit von der Integration der Haushaltsmitglieder
- I. Die Integration der Bedürfnisse im Haushalt der modernen Kernfamilie
- a) Die Prägung der Bedarfs- und Kaufentscheidungen durch die Verteilung der hauswirtschaftlichen Aufgaben und Kompetenzen
 - b) Die Integration wirtschaftlicher Entscheidungen der Haushaltsmitglieder in ihrer Abhängigkeit
 - aa) von der Intensität der Erwartungen und Ansprüche an die Zukunft
 - bb) vom Autoritätsgrad ihres Verhältnisses zueinander

- cc) vom Spezialisierungsgrad der Verteilung der hauswirtschaftlichen Kompetenzen
 - dd) vom Interaktions- und Kommunikationsgrad
- c) Die schichtenspezifische Verwaltung der Haushalte
- aa) matriarchalische Prägung in den Unterschichten
 - bb) partnerschaftliche Prägung in den mittleren Schichten
 - cc) patriarchalische Prägung in den oberen Schichten
- J. Die sozialen Funktionen des Konsums
- a) Die restitutive oder erhaltende Funktion der Konsumausgaben: Erfüllung derjenigen Grundforderungen und Erwartungen, die mit der Institution des familiärstrukturierten Haushalts in der jeweiligen Kultur untrennbar verbunden sind
 - b) Die entspannende Funktion: Verschaffung und Erleichterung von Muße, Erholung, Unterhaltung sowie von innerfamiliärem, freundschaftlichem und gesellschaftlichem Kontakt
 - c) Die symbolisierende Funktion: Finanzierung all desjenigen Besitzes und Verbrauches, der geeignet ist, den materiellen Erfolg des Haushalts, seinen tatsächlichen oder erstrebten gesellschaftlichen Rang oder seinen Lebensstil sichtbar zu machen
 - d) Die Abhängigkeit der Konsumfunktionen und des Konsumniveaus
 - aa) von der gesamtgesellschaftlichen Wirtschaftslage (Konjunktur)
 - bb) von der Schichtzugehörigkeit der Konsumenten
 - e) Die egalisierende und differenzierende Funktion des Konsums
 - aa) egalisierend wirkt Konsum, wenn alle Mitglieder einer Gruppe das gleiche Konsumniveau haben und die gleichen Konsumstandards befolgen
 - bb) differenzierend wirkt Konsum, wenn ein Haushalt durch sein Konsumniveau anderen demonstriert, daß er einen größeren materiellen Erfolg erzielt hat, daß er einen höheren gesellschaftlichen Rang einnimmt oder beansprucht, oder schließlich, daß sein Lebensstil ein anderer ist.
 - f) Die Entstehung von gruppenspezifischem sozialem Druck durch differenzieren-des Konsumverhalten
 - aa) Normierung der Bedarfsexpansion des Konsumstandards
 - bb) Normierung der Richtung der Standardexpansion
 - cc) Normierung des Tempos der Standardexpansion
- K. Konsumverhalten
- a) Konsumsumme und Präferenzsystem

- b) Der Einfluß immer neuer Erfüllungsmöglichkeiten und ihrer Ablösungen auf bestehende Bedürfnisse durch die Mode
- c) Die Entstehung neuer Bedürfnisse im Zuge der Wohlstandsentwicklung und des technischen Fortschritts
- d) Motivation und Manipulation des Konsumverhaltens durch die Werbung
- e) Die Erhebung des Konsums durch die ihm arteigene prinzipiell unbegrenzte Expansion über die Befriedigung elementarer Grundbedürfnisse der Lebensfristung hinaus zum Medium der individuellen Lebensbewältigung und -gestaltung schlechthin (rapides Anwachsen der Freizeitbedürfnisse)
- f) Konsum und Sparen
- g) Der Fortbestand von Klassenunterschieden trotz der für die Unterschichten offensichtlichen Erhöhung des Konsumniveaus und trotz einer egalisierenden Tendenz der kommerziellen Werbung im Zeichen der Massenproduktion
- h) Die Entwicklung der an das Konsumverhalten gestellten Anforderungen wie Urteil, Geschmack, Selbständigkeit und Kritik in ihrer Abhängigkeit von Erziehung und Bildung bzw. Ausbildung (Sozialisation)
- i) Die Abhängigkeit optimaler Bedürfnisbefriedigung des Konsumenten auf dem Markt von seiner Aktivität, seinen rationalen Fähigkeiten und seinen Kenntnissen der Werbepraktiken (Konsumentenschulung)
- j) Die Bedeutung der Fähigkeit der Konsumenten zu rationaler Reflexion seiner Bedürfnisse und zu sachgerechter Verarbeitung von Informationen über die Wirkungen einzelner Erfüllungsmittel

9. Problemfeld Freizeit

9.1 Lernziele

1. Der Schüler soll für das Problemfeld wesentliche Begriffe kennen und inhaltlich erklären können.
2. Der Schüler soll erkennen, daß zwischen Arbeit und Freizeit eine Wechselbeziehung besteht.
3. Der Schüler soll die Komplementärfunktion der Freizeit kennen und erkennen, daß das Verständnis von Freizeit veränderbar ist.
4. Der Schüler soll erkennen, daß das Maß der Freizeit wie auch ihre Gestaltung

nicht völlig individuell bestimmt werden kann, sondern auch von den Arbeits- und Leistungsanforderungen der Gesellschaft an den einzelnen abhängig ist.

5. Der Schüler soll die Abhängigkeit des Freizeitverhaltens von der Arbeit, von sozialen Mustern und Rollenerwartungen kennzeichnen können.
6. Der Schüler soll bereit sein, gesellschaftliche Anforderungen und Verhaltensmuster zu analysieren und die ihnen zugrundeliegenden Normen kritisch zu überprüfen.
7. Der Schüler soll die Bestimmungsfaktoren von Freizeit kennen und Ausmaß wie Qualität seiner Freizeit kritisch reflektieren können.
8. Der Schüler soll die individuellen wie gesellschaftlichen Auswirkungen vermehrter Freizeit reflektieren und bereit sein, sich für eine Humanisierung der Arbeit und eine erhöhte Freizeitqualität einzusetzen.
9. Der Schüler soll Freizeit als einen möglichen Raum persönlicher Entfaltung und Selbstbestimmung, des sozialen Handelns und der sozialen Kommunikation erkennen.
10. Der Schüler soll Bedürfnismanipulationen erkennen können und bereit sein, gegenüber einer Fremdsteuerung des Freizeitverhaltens eigene Freizeitbedürfnisse zu entwickeln und durchzusetzen.
11. Der Schüler soll ein kritisches Bewußtsein gegenüber dem großen Angebot an Freizeitaktivitäten entwickeln.
12. Der Schüler soll die Bedeutung der sog. Kultur- und Vergnügungsindustrie für die Freizeitgestaltung abschätzen und die zunehmende Kommerzialisierung der Freizeit (Konsumdruck in Abhängigkeit von Produktionsdruck) kritisch beurteilen können.

9.2 Inhalte

- A. Begriffsbestimmung:
Freizeit als Phänomen industriegesellschaftlichen Ursprungs: Komplementärbegriff zur Arbeit
 - a) Gegenteil von „produktiver Zeit“, d.h. der zur Gewinnung des Lebensunterhaltes dienenden Arbeitszeit
 - b) „reproduktive Zeit“ zum Schlafen, Ausruhen, Essen, zur Körperpflege
 - c) „verhaltensbeliebige Zeit“, ausgefüllt mit Muße, Zerstreuung, nicht der Berufsarbeit dienenden Tätigkeiten und Nichtstun

B. Sozialgeschichtlicher Aspekt

- a) Bestimmung der „Freizeit“ durch den Tagesrhythmus der gesamten Natur, festgehalten in religiöser Vorstellung und Sitte in den Ur- und Primitivgesellschaften
- b) Freizeit in der Antike als Privileg der Freien (unter Ausschluß der Sklaven und arbeitenden Frauen)
- c) Vermischung von Arbeitszeit, Arbeitspause und freier Zeit bei einheitlichem Wohn-Arbeitsraum für die Masse der Bevölkerung im MA (Beginnende Aufwertung der Arbeit in Teilbereichen der Gesellschaft)
- d) Entartung der Freizeit zur notwendigen körperlichen und physischen Erholung von der Arbeit und für die Arbeit während der Frühindustrialisierung.
- e) Ansätze zur Entwicklung einer besitzenden „Mußklasse“ im Gegensatz zum nur arbeitenden Proletariat ohne Freizeit im industrialisierten Hochkapitalismus
- f) Wachsende Freizeit für Arbeitnehmer und zunehmende Arbeitsbelastung für Führungskräfte durch wirtschafts-demokratische Auseinandersetzung und konsumorientierte Wirtschaft (Arbeit als Selbstwert)

C. Die Veränderungen im Zeithaushalt der hochindustriellen Gesellschaften

- a) Die Länge der Freizeit und deren Bestimmungsfaktoren: Geschlecht – Familienstand – Alter – Art der Berufstätigkeit – Länge des individuellen Weges zum Arbeitsplatz – Regionale Zugehörigkeit (Stadt-Land-Gefälle) – Lebensstandard – Stadium der Industrialisierung (Berufstätigkeit von Mann und Frau; Grad der Rationalisierung und Automatisierung der Produktion)
- b) Auswirkungen vermehrter freier Zeit
 - aa) Verlängertes Wochenende und Ferien- bzw. Urlaubszeit als neue Konsumräume in Richtung gesteigerter Freizeitqualität
 - bb) Altersfreizeit als gesellschaftliches Problem
 - cc) Vermehrte Ansprüche an öffentliche Einrichtungen
 - dd) Vergrößerung der Chance einer Differenzierung der Lebensstile – pathologische Verhaltensformen
 - ee) Steigende Nachfrage nach Dienstleistungen aller Art (neue Berufe, starke Expansion bestehender Berufe, Nebenerwerbstätigkeiten)

D. Freizeitaktivitäten

- a) Rangordnung der Determinanten des Freizeitverhaltens
 - aa) Alter – Schulbildung – Rolle: berufstätige Frau, Rolle: Hausfrau
 - bb) Geschlecht – Art des Berufs – Stellung im Lebenszyklus – Wohnort Stadt/Land

- cc) Individualeinkommen
- b) Bevorzugte Freizeitbereiche und -tätigkeiten
 - aa) Hobby und Do-it-yourself als spielerische Arbeit
 - bb) Massenmedien als Inhalt der Freizeit
 - cc) Tourismus als neue Form der Freizeit
- c) Der Einfluß der Vergnügungs- und Kultusindustrie auf das Freizeitverhalten

10. Problemfeld Infrastruktur

10.1 Lernziele

1. Der Schüler soll für das Problemfeld wesentliche Begriffe kennen und inhaltlich erklären können.
2. Der Schüler soll erkennen, daß die Leistungs- und Entwicklungsfähigkeit einer Gesellschaft und ihre Lebensqualität weitgehend durch ihre geistige und materielle Infrastruktur bestimmt werden.
3. Der Schüler soll erkennen, daß die Interdependenzverhältnisse innerhalb der Infrastruktur eines Landes mit steigendem Zivilisationsgrad überproportional wachsen.
4. Der Schüler soll erkennen, daß Wirtschaftswachstum und Erhöhung der Lebensqualität von Investitionen im Bereich der Infrastruktur abhängig sind.
5. Der Schüler soll erkennen, daß alle auf Sicherung der Lebensqualität zielenden Planungen den Ausbau der Infrastruktur erforderlich machen und Ausbaumaßnahmen daher frühzeitig eingeleitet werden müssen.
6. Der Schüler soll erkennen, daß die unter dem sozialen Aspekt erfolgenden Investitionen – z.B. im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich – langfristig auch unter wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten erforderlich sind (Leistungsfähigkeit des Nachwuchses, Erhaltung der Arbeitskraft, Verringerung sozialer Spannungen . . .)
7. Der Schüler soll erkennen, daß der Ausbau der Infrastruktur auf allen Ebenen gesellschaftlicher Kontrolle bedarf, um ausschließlich profitorientierte Entscheidungen zu verhindern.
8. Der Schüler soll politische Kräfte unter anderem auch danach beurteilen lernen, was sie insgesamt für die Verbesserung der Infrastruktur leisten.
9. Der Schüler soll erkennen, daß zahlreiche Probleme der Infrastruktur nur im übernationalen Rahmen gelöst werden können.

10. Der Schüler soll erkennen, welche Bedeutung die Hilfsmaßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur in unterentwickelten Ländern für die dort lebenden Menschen unter humanitären, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Aspekten haben und von welchen Interessen die hilfeleistenden Länder geleitet werden.
11. Der Schüler soll die Bedeutung einer gesamtgesellschaftlichen Analyse und der wissenschaftlichen Futurologie im technologischen und soziologischen Bereich für die Vermeidung von Fehlentwicklungen und volkswirtschaftlichen Fehlentscheidungen reflektieren.

10.2 Inhalte

- A. Probleme der Infrastruktur in hochzivilisierten Ländern
 - a) Zukunftsorientierte Planung und Ausführung im Bereich der privaten Lebenssphäre
 - aa) Sinnvolle räumliche Integration von Arbeits- und Wohnbereich
 - bb) Schaffung von Wohnzentren mit leistungsfähigen Versorgungseinrichtungen aller Art (von der Wasser- und Energieversorgung über die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs bis hin zu Naherholungs-, Sport- und Kulturzentren).
 - cc) Ausbau des Gesundheitswesens
 - dd) Soziale Sicherungen für Alter und Krankheit
 - ee) Planung und Ausbau eines adäquaten Personenverkehrs- und Nachrichtennetzes
 - b) Infrastruktureller Bildungsplan
 - aa) Korrelationen zwischen Wirtschaftswachstum und Bildungsaufwand: Bildung neben Arbeit und Kapital als „dritter Faktor“
 - bb) Bildungsnachfrage- oder Social-Demand-Ansatz (Auf der Grundlage demographischer Entwicklungen und der Tendenz zu höherer Bildung wird der zukünftige Ressourcenbedarf des Bildungswesens errechnet. Damit wird der Bildungsentscheidung des Einzelnen entscheidend Rechnung getragen.)
 - cc) Der Arbeitskräftebedarfsansatz oder Manpower-Approach (Der Arbeitskräftebedarfsansatz geht von dem technologisch determinierten Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften aus und leitet daraus die bildungspolitischen Voraussetzungen für ein störungsfreies Wirtschaftswachstum ab.)
 - c) Infrastrukturelle Planung und Ausführung im Bereich Wirtschaft
 - aa) Sicherung der Produktion oder Beschaffung des Nahrungsbedarfs unter Berücksichtigung zukünftiger Bedürfnisse
 - bb) Sicherung und Ausbau der für die Industrie erforderlichen Versorgung mit Energie, Wasser, Rohstoffen und Transportmitteln
 - cc) Planung von Industrie unter Berücksichtigung großgeographischer

- Siedlungsaspekte und der Forderungen nach Umweltschutz
- dd) Planung und Ausbau eines leistungsfähigen Verkehrsnetzes unter Berücksichtigung neuer technischer Konzeptionen
- d) Berücksichtigung des hohen Zeitbedarfs für den Ausbau der Infrastruktur (Bedarfserkennung — Planungsbeschuß — Planung — Entscheidung — Auftragserteilung — Fertigstellung als langer Instanzenweg)
- e) Entscheidungskompetenzen für Planung, Finanzierung, Ausführung
- aa) Entscheidungsträger infrastruktureller Maßnahmen und Investitionen
 - bb) Finanzierung aus Steuermitteln — Steuergesetzgebung in der Bundesrepublik Deutschland
 - cc) Verteilung der Lasten im Widerstreit der Interessengruppen
- B. Bevölkerungswachstum als infrastrukturelles Problem
- a) Wachsender Bedarf an Nahrung, Siedlungsraum, Rohstoffen, Energie und Transportmitteln bei exponentiellem Wachstum der Bevölkerung und stagnierendem Lebensstand
 - b) Bedarf bei wachsender Bevölkerung und steigendem Lebensstandard
 - c) Sinkender Lebensstandard bei exponentiell wachsender Bevölkerung als Gefahrenherd
 - d) Probleme der Geburtenkontrolle
 - aa) Das Verhältnis von Zivilisationsgrad/Lebensstandard zu Kinderzahl/Sterblichkeitsrate
 - bb) Analphabetentum als Hindernis für Geburtenkontrolle
 - cc) Religiöse Bindungen und Geburtenkontrolle
- C. Ausbau der Infrastruktur als vorrangiges Problem der Entwicklungshilfe
- a) Unterschiedliche Typen von Entwicklungsländern
 - b) Ursachen und Kennzeichen der Unterentwicklung
 - aa) Hemmende Gesellschaftsstrukturen
 - bb) Kolonialistische Vergangenheit
 - cc) Überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum
 - dd) Regionaltypische Krankheiten
 - ee) Ärztemangel
 - ff) Nahrungsmangel als Folge von Bevölkerungszunahme
 - gg) Fehlendes oder unzureichendes Bildungswesen
 - hh) Technischer und zivilisatorischer Rückstand in Verbindung mit Analphabetismus
 - ii) Kapitalmangel, Mangel an Produktionsmitteln

- jj) Rohstoffmangel
 - kk) Unzureichendes Verkehrsnetz, fehlende Transportmittel
- c) Motivationen der Entwicklungshilfe
- aa) Moralische Gründe (Wiedergutmachung kolonialen Unrechts)
 - bb) Wirtschaftliche Gründe (Erschließung von Rohstoff- und Absatzmärkten, Verlagerung von Produktion wegen billigerer Arbeitskräfte und/oder Verkürzung von Transportwegen)
 - cc) Politische Gründe (Sicherung machtpolitischer Einflußzonen, Blockbildung, Schaffung neuer Abhängigkeiten)
 - dd) Humanitäre Gründe
- d) Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe
- aa) Erschwerung der Emanzipation durch neue Bindungen
 - bb) Vorrang von Unternehmensgewinnen der Investoren
 - cc) Vernachlässigung von notwendigen Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur zugunsten schneller Produktionssteigerung – Prestigeproduktion)
 - dd) Irrationales Verhalten alter Machteliten und politischer Utopisten
 - ee) Entwicklungshilfe als Geschäft
- e) Die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik

11. Problemfeld Umweltschutz

11.1 Lernziele

1. Der Schüler soll für das Problemfeld wesentliche Begriffe kennen und inhaltlich erklären können.
2. Der Schüler soll erkennen, daß der technische Fortschritt zwar Verbesserungen der Lebensverhältnisse bewirkt hat, daß er aber auch zu einer exponentiell zunehmenden Gefährdung einer immer größeren Zahl von Menschen führt.
3. Der Schüler soll die Forderungen nach Wirtschaftswachstum zur Erhöhung des Lebensstandards auf ihre Interessenhintergründe und ihre Folgewirkungen befragen und Maßnahmen zur Steigerung des industriellen Wachstums unter dem Gesichtspunkt der Sicherung von Leben und Gesundheit beurteilen können.
4. Der Schüler soll Chancen und Gefahren der Industrialisierung und Technisierung reflektieren und die gewonnenen Einsichten zur Grundlage seines gesellschaftlichen Verhaltens machen.
5. Dem Schüler soll bewußt werden, daß reaktive Schutzmaßnahmen nicht aktive Schutzmaßnahmen ersetzen können.
6. Der Schüler soll erkennen, daß Aufgaben des Umweltschutzes Priorität vor

solchen eingeräumt werden muß, die nur zur Gewinnung neuer Dimensionen der Technisierung, der Gewinnsteigerung und des Komfortzuwachses dienen.

7. Der Schüler soll primäre und sekundäre Gefährdungen der Umwelt erkennen können.
8. Der Schüler soll Planungen und Maßnahmen im Bereich der Infrastruktur unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes beurteilen, auf Gefahren aufmerksam machen und gegebenenfalls Schritte zu ihrer Abwendung einleiten.
9. Der Schüler soll erkennen, daß zahlreiche Umweltgefährdungen nur deshalb als unvermeidbar bezeichnet werden, weil wirtschaftliche Interessen — auch der öffentlichen Hand und einzelner Bürger — besseren Lösungen im Wege stehen und daß es daher erforderlich ist, diese Interessen aufzudecken.
10. Der Schüler soll erkennen, daß fast alle Umweltschutzmaßnahmen Kosten verursachen und soll über die Kostenverteilung reflektieren.
11. Der Schüler soll erkennen, daß möglicherweise Verzicht auf Zuwachs an Gewinnen, Einkommen und Komfort der Preis für die Sicherung von Leben und Gesundheit sein wird
12. Der Schüler soll erkennen, daß internationale Wirtschaftsverflechtungen auch internationale Vereinbarungen über Maßnahmen und Gesetze zum Umweltschutz und Kontrollen darüber notwendig machen, daß jedoch die Sicherung nationaler oder privater Weltmarktinteressen dringende Schutzmaßnahmen nicht bis zum Inkrafttreten internationaler Regelungen verhindern darf.
13. Der Schüler soll erkennen, daß aktiver Umweltschutz nicht nur die Aufgabe öffentlicher Institutionen ist, sondern daß jeder Bürger sich in allen seinen Aktionsbereichen umweltbewußt verhalten und andere zu gleichem Tun anregen sollte.

11.2 Inhalte

A. Naturhaushalt und Umweltgefährdung

a) Gefährdungsbereiche

aa) Boden, Wasser

(Grund- und Oberflächenwasser, Trinkwasser, Brauchwasser, Abwasser, Meere)

bb) Luft

(Staubgehalt, Emissionen aller Art, Strahlung)

cc) Abfallstoffe aus Industrie und Haushalten

dd) Lärm

- b) Das Problem der Ermittlung von Grenzwerten der Gefährdung
 - c) Grenzen der Selbstreinigungskraft der Natur
 - d) Reaktive Maßnahmen zur Stützung der Naturkräfte
 - aa) Gewässerreinigung
 - bb) Bodenentgiftung
 - cc) Abfallbeseitigung, Neutralisierung von Schadstoffen
 - dd) Anlage von Schutzbepflanzungen
- B. Exponentielles Wachstum von Industrie und Bevölkerung als Gefährdungsfaktor
- a) Wachsende Gefährdung durch zahlenmäßige Zunahme
 - b) Wachsende Gefährdung durch Zunahme von Konsumwünschen
- C. Wirtschaftliche Probleme des Umweltschutzes
- a) Die Kostenverteilung
 - aa) Auswirkungen auf Preise
 - bb) Auswirkungen von Subventionen auf Steuerbelastungen
 - cc) Auswirkungen von Preis- und/oder Steuererhöhungen auf den Lebensstandard und auf Lohnverhandlungen
 - dd) Auswirkungen von Kürzungen der Gewinne auf Investitionen und Arbeitsplätze
 - ee) Auswirkungen von Belastungen nach dem Verursacherprinzip auf den Export bei einseitig nationaler Gesetzgebung
 - ff) Auswirkungen auf dem Binnenmarkt infolge von Preisdruck durch unbelastete Auslandskonkurrenten
 - b) Die Berechnung der Kosten
 - aa) für aktive Schutzmaßnahmen bei den Verursachern
 - bb) für reaktive Schutzmaßnahmen der Verursacher und der öffentlichen Hand
 - cc) Begrenzung des Wirtschaftswachstums — eine Alternative?
- D. Politische Probleme des Umweltschutzes
- a) Konflikte der Interessen
 - b) Legislative und administrative Kompetenzen
 - c) Internationale Vereinbarungen und das Problem der Schaffung wirksamer Kontrollinstanzen
 - d) Raumordnungs- und Infrastrukturmaßnahmen im Dienste von Umweltschutz und Wirtschaftswachstum als Konfliktfeld der Politik

- e) Teilnahme der Bürger an Entscheidungsprozessen
- f) Indirekte Steuerungsmöglichkeiten des Staates mit Hilfe von Steuergesetzgebung und Entscheidungen über Vergabe von Förderungsmitteln

12. Problemfeld Internationale Beziehungen

12.1 Lernziele:

1. Der Schüler soll für das Problemfeld wesentliche Begriffe kennen und inhaltlich erklären können.
2. Der Schüler soll die Kräfte kennen und beurteilen, die zum Aufbau und Abbau von sozialen Vorurteilen führen und diese Kenntnisse und Beurteilungskriterien auf die Erscheinungsformen sozialer Vorurteile im zwischenstaatlichen Raum übertragen können.
3. Der Schüler soll die institutionalisierten und informellen Beziehungen zwischen Staaten kennen und ihre Funktionen begreifen.
4. Der Schüler soll Gründe kennen, die zu Konfliktsituationen zwischen Staaten führen.
5. Der Schüler soll Formen der Austragung von Konflikten zwischen Staaten kennen und beurteilen lernen.
6. Der Schüler soll die Ansätze und Bemühungen der Friedensforschung und Friedenssicherung kennen und befähigt werden, Aufgabenstellung und Lösungsmöglichkeiten zu beurteilen.
7. Der Schüler soll üben, Konflikte von der Situation und den Interessen der Betroffenen aus zu betrachten, und beurteilen, inwieweit seine persönlichen Interessen mitberührt werden.
8. Der Schüler soll reflektieren, in welchem Maße innerstaatliche Konflikte von anderen Staaten bzw. Interessengruppen mitbeeinflusst werden.
9. Der Schüler soll die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Staaten auch bei unterschiedlichen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zielen erkennen und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit reflektieren.
10. Der Schüler soll bereit sein, sich dafür einzusetzen, daß Krieg und Gewalt nicht als Mittel zur Lösung von Konflikten angewandt werden.
11. Der Schüler soll reflektieren, welche Funktion die Existenz militärischer Streitkräfte für die Beziehungen zwischen Staaten hat.

12. Der Schüler soll erkennen, wie Staaten Macht auf andere Staaten ausüben und reflektieren, wie diese Macht abgebaut werden kann.
13. Der Schüler soll die Bedeutung der Entwicklungshilfe kennen und beurteilen, inwieweit Entwicklungshilfe als politisches Machtinstrument hochindustrieller Staaten neue Abhängigkeitsstrukturen schafft.

12.2 Inhalte

- A. Das Problem der sozialen Vorurteile
 - a) Soziale Vorurteile (Begriffsbestimmung)
 - b) Arten der sozialen Vorurteile
 - aa) positiv-kohäsive (Gruppenexistenz sichernder Natur mit daseinsentlastender Funktion)
 - bb) negativ-adversative (Gegensatz und Feindschaft betonender Natur mit daseinsbelastender Wirkung)
 - cc) Rassenkonflikte und ihre Folgen (Antisemitismus gestern – heute: Blick in die deutsche Geschichte – Rassismus in Südafrika – Schwarz und Weiß in USA)
 - c) Abbau und Aufbau von sozialen Vorurteilen durch Erziehung
- B. Weltanschauliche und machtpolitische Gegensätze als friedensbedrohende Kräfte der Gegenwart
 - a) Nationalismus – Imperialismus – Faschismus – Totalitarismus als ständige Bedrohungen der Gegenwart
 - b) Krieg heute – weltanschauliche, politische und wirtschaftliche Hintergründe
 - c) Stand der heutigen Waffentechnik und Rüstungsausgaben in hochzivilisierten und unterentwickelten Ländern
 - d) Militärbündnisse der Welt
 - aa) Zusammenschlüsse des Westblocks (NATO)
 - bb) Die Funktion der Bundeswehr
 - cc) Die Zusammenschlüsse des Ostblocks (Warschauer Pakt)
 - dd) Die Funktion der Volksarmee (Exkurs: China und die Sowjetunion)
 - ee) Blockfreie Zusammenschlüsse
 - e) Die Konzeption der Abschreckungspolitik
 - f) Die atomare Bedrohung und das Weltproblem Abrüstung

- C. Friedensforschung und -sicherung
 - a) Friedensforschung (Exkurs: Kriegsdienstverweigerung)
 - b) Abrüstungskonferenzen
 - c) Die Vereinten Nationen
 - aa) Mitglieder und Organisation
 - bb) Charta der Vereinten Nationen
 - cc) weltweite Hilfen durch die Organisationen der UNO
 - dd) Probleme der Entwicklungshilfe

- D. Die deutsche Frage
 - a) Die neue Ostpolitik und die deutsche Frage
 - b) Das Berlin-Problem
 - c) Der Grundvertrag

- E. Geeintes Europa – Idee und Wirklichkeit
 - a) Der Europäische Wirtschaftsrat
 - b) Der Europarat in Straßburg
 - c) Vom Schuman-Plan und die EWG
 - d) Frankreich – England und die EWG
 - e) Das Ziel: Die politische Einigung Westeuropas

III. Lehr- und Lernverfahren

1. *Planung und Durchführung* von Unterricht werden (nach W. Schulz) im wesentlichen von sechs Faktoren in ihrem Zusammenwirken bestimmt: den pädagogischen Intentionen, den Themen des Unterrichts (Inhalte), mit denen die Absichten verfolgt werden, den Methoden, die der Bewältigung von Intentionen dienen, den Medien als Mittel der Verständigung zwischen den am Unterricht Beteiligten über Absichten, Gegenstände und Verfahren und schließlich der individuellen und gesellschaftlichen Vorgeprägtheit der am Unterricht Teilnehmenden (anthropogene und soziokulturelle Voraussetzungen).

2. Das Verständnis von Unterricht als Prozeß von größter „Faktorenkomplexität“ und der Anspruch, diese Faktoren unter wissenschaftliche Kontrolle zu bringen, unterrichtliche Entscheidungen zu begründen und auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen,

erfordert die Beachtung folgender drei Prinzipien (nach W. Schulz):

- 2.1 Das Prinzip der *Interdependenz*, der Wechselwirkung aller den Unterricht konstituierenden Faktoren.
- 2.2 Das Prinzip der *Variabilität*, die Möglichkeit der Mitsteuerung des Unterrichtsprozesses durch die Lernenden.
- 2.3 Das Prinzip der *Kontrollierbarkeit* des Unterrichtserfolges (s. IV, Lernerfolgskontrolle).

3. Der diesen Richtlinien zugrunde liegende didaktische Ansatz bestimmt das Lehr- und Lernverfahren ebenso wie die Unterrichtsorganisation (Interdependenz von Lernzielen, Lerninhalten und Methoden). Das *Fallprinzip* (siehe I, 1.7: Lernziele werden an konkreten Inhalten gewonnen) ist ein *didaktisch-methodischer Ansatz*: Gegenstand des Unterrichts ist ein aktueller Fall, das Unterrichtsverfahren die Analyse des Falles. Dieser didaktisch-methodische Ansatz politischer Bildung geht bewußt ab von dem Prinzip der enzyklopädischen Vollständigkeit und von dem Versuch eines chronologischen oder linearlogischen Abhandelns aller „notwendigen“ bzw. „relevanten“ Themen im Sinne einer Stoffsystematik. Ausgehend von der Einzelanalyse wird durch die Vielzahl der behandelten Fälle eine „empirisch begründete Theorie“ (Hofmann) erarbeitet, indem bei jedem Einzelfall zum gesellschaftlichen Ganzen, zu dem für die Gesellschaft Grundlegenden hingeführt wird. Der politische Unterricht geht von der politisch-gesellschaftlichen Realität aus, er behandelt Zusammenhängendes zusammen und die realen Probleme in ihrer Gesamtheit.

Auf diese Weise wird an einzelnen Fällen „exemplarisch“ die Analyse gesellschaftlicher Probleme geübt, werden Arbeitsweisen und Fähigkeiten gelernt, wird Wissen vermittelt und werden Strukturen und Entwicklungstendenzen des gesellschaftlichen Ganzen aufgezeigt. Schließlich bleibt der enge Bezug des Unterrichts zur gesellschaftlichen Realität gewahrt, wodurch unter Umständen eine handlungsmotivierende Verarbeitung politischer Probleme ermöglicht wird, da das Fallprinzip eine sonst kaum zu erreichende Chance der Identifizierung des Schülers mit dem Inhalt des Unterrichts bietet.

Um der Gefahr zu begegnen, daß der Unterricht beim Schüler die Vorstellung von Gesellschaft als einer Ansammlung isolierter Einzelfälle, Konflikte und Teilstrukturen entstehen läßt, ist es immer erneut notwendig, auf die den einzelnen Problemen zugrunde liegenden Strukturen der Gesellschaft zurückzuführen und die gesamtgesellschaftlichen Funktionszusammenhänge zu vermitteln.

4. Aktuelle Fälle erhalten ihre Wertigkeit dadurch, daß sie für eine problemhaltige Situation, für eine *Realsituation* stehen und daß sich an ihnen eine grundlegende Erkenntnis exemplifizieren läßt. Wegen der Latenz vieler Probleme aktualisiert sich aber nicht jedes Problem und jeder Konflikt in einem Fall. Die Lebenswirklichkeit, die der politische Unterricht zu analysieren hat, ist häufig die Summierung einer Vielzahl

von Spannungen, die nicht zur offenen Austragung gelangen und deswegen der Reflexion nicht bedürftig erscheinen. Für den didaktischen Ansatz ist die Unterscheidung von Fall und Realsituation ohne Relevanz, jedoch verlangt die Analyse eines Falles u.U. andere unterrichtliche Maßnahmen als die Analyse einer Realsituation.

Mit Hilfe des *Projektverfahrens* werden die Realsituationen durch die Schüler aufgefalzt:

Problemstellungen und Arbeitsformen werden durch den Schüler mitbestimmt. Der Schüler sammelt selbständig Informationen (Interview, Material usw.) auch außerhalb der Schule. Der Lehrer hilft, den Unterricht fächerübergreifend zu organisieren. Das Ergebnis des Projektes führt häufig zu politischem Handeln.

Beim Projektverfahren steht am Anfang des Unterrichts kein konkreter Fall. Die Organisation des Unterrichts kann deshalb auch vom Lehrer nur bedingt vorbestimmt werden, sie erwächst durch die Eigeninitiative der Schüler.

Fallanalyse und Projektverfahren sind jedoch keine didaktisch-methodischen Alternativen, sie sind Idealtypen, die häufig im Unterricht einander ergänzen.

5. Gerade bei der Fallanalyse und beim Projektverfahren kann auf die Vermittlung von wissenschaftlich abgesicherten *Informationen* nicht verzichtet werden. Sachinformationen und Faktenwissen sind jedoch nicht Ziel, sondern Mittel des politischen Unterrichts. Reine Wissensvermittlung entwickelt noch kein Denk- und Erkenntnisvermögen und setzt allein auch keine Reflexionsprozesse in Gang. Das Lernen von Wissen ist dem Durchdringen von Strukturen und der Analyse gesellschaftlicher Gegebenheiten untergeordnet. Das bedeutet, daß dem Schüler die Information jeweils im engen Zusammenhang mit dem diskutierten Problem angeboten werden muß. Der Schüler muß erkennen, welchem Erkenntnisziel die jeweilige Information dient. Deshalb wird auch nur solches Faktenwissen vermittelt, das notwendig für die Behandlung des Themas ist: Das Problem selbst, der Fall, gibt also das Auswahlprinzip für den Wissensstoff ab.

Informationsvermittlung, Problemdiskussion, das Gewinnen von Erkenntnissen und die Beurteilung kontroverser Tatbestände gehören immer und auf jeder Stufe zusammen und müssen koordiniert stattfinden (Schmiederer). Zur Vorbereitung auf Analyse und Diskussion schwieriger und komplexer Probleme dient nicht eine vorbereitende Wissensvermittlung, sondern die Analyse und Diskussion anderer Probleme und Themen.

Dieses Verfahren der Wissensvermittlung wirkt sich einerseits motivierend auf die Lernhaltung des Schülers aus (Er erkennt, daß zur Analyse gesellschaftlicher Probleme Wissen, Kenntnisse und Informationen notwendig sind), andererseits ermöglicht es auch eine Kontrolle über das Faktenwissen, da dieses unmittelbar bei der Analyse, bei der Diskussion zur Verfügung stehen muß.

6. Aktueller Fall, Projekt oder Realsituation sollten von Schülern und Lehrer

gemeinsam ausgewählt werden (Orientierung und Motivierung der Schüler). Eine freie Einstiegsdiskussion oder auch Schülerbefragung mit anschließender Diskussion der Ergebnisse soll das Interesse für eine Bearbeitung des Falles wecken und die Schüler motivieren, Informationen zu sammeln und zu verarbeiten.

Die Wahl des weiteren methodischen Vorgehens (Gruppenarbeit, Zeitungslektüre, Textinterpretation, Befragung von Experten, Literaturarbeit, Schülerreferat usw.) orientiert sich an den Lernvoraussetzungen der Schüler, den Notwendigkeiten des Problems und den gemeinsamen Intentionen von Lehrer und Schülern.

7. Gruppenarbeit, Lehrer- und Schülervortrag, Gespräch, Diskussion und Debatte und Arbeit mit Medien sind grundlegende Unterrichtsverfahren für den SoWi-Unterricht. Sie sollten aber durch Verfahren ergänzt werden, die den Prozeßcharakter der Politik in ihrer Kontroversität, der Unabgeschlossenheit politischer und sozialer Entwicklungen und der Teilnahme eines jeden an gesellschaftlichen Vorgängen gerecht werden, wie Brainstorming, Methode „66“, Rollenspiel, Planspiel, Befragung und Interview und Erkundungsaufgaben und Betriebsbesichtigungen.

Voraussetzung für einen solchen Unterricht ist die Förderung der Eigeninitiative des Schülers. Der Schüler muß selbst an der Lösung des Problems mitarbeiten. Das bedeutet, daß er von Anfang bis Ende an der Planung und Durchführung des Unterrichts beteiligt ist. Auf diese Weise lernt der Schüler nicht nur die Bedingungen geistiger Arbeit. Durch die Beteiligung an Unterrichtsentscheidungen lernt er auch, Verantwortung zu übernehmen und gewinnt so schrittweise seine geistige und politische Autonomie.

8. Durch diese Arbeitsweise lernt der Schüler die Techniken der geistigen Arbeit, die u.a. Voraussetzung für politisches Handeln sind:

- Informationen aufnehmen
- Informationen überprüfen
- Informationen in einen Zusammenhang bringen
- den Informations- und Stellenwert einer Aussage bestimmen
- selbständig Informationen beschaffen
- Informationen weitergeben
- Referate anfertigen und vortragen
- Situationen analysieren
- Situationen und Textinformationen zuordnen
- Nachschlagewerke benutzen
- Literaturhinweise einsetzen
- Tabellen und graphische Darstellungen auswerten und anfertigen
- Stichworte sammeln und danach referieren
- Notizen zum Gesprächsverlauf anfertigen
- Materialsammlungen aufbauen und benutzen
- sich sach- und adressatenbezogen äußern
- Aussagen auf Rückfragen hin präzisieren und selbst Rückfragen stellen

- Teilergebnisse formulieren und Einzelergebnisse zusammenfassen
- Meinungen von Tatsachen unterscheiden
- Interviewtechniken anwenden
- seinen Standpunkt vertreten und ggf. revidieren.

IV. Lernerfolgskontrolle

Um möglichst objektive und zuverlässige Aussagen über den Lernerfolg der Schüler zu erhalten, sind ständige mündliche und schriftliche Erfolgskontrollen im Zusammenhang mit dem Unterrichtsprozeß erforderlich. Die Lernerfolgskontrolle ist um so leichter, je genauer Feinlernziele auf der Grundlage der in diesem Entwurf festgelegten Lernzielangaben vom Unterrichtenden aufgestellt werden.

Die Lernerfolgskontrolle soll so angelegt werden, daß sie dem Schüler Lernfortschritte und Lernrückstände aufdeckt und diagnostizierend Möglichkeiten zur Aufarbeitung der Lernrückstände aufweist. Lernerfolgskontrollen sind grundsätzlich so zu planen, daß sie den Schüler ermutigen. Zugleich weisen sie den Lehrer auf eine Verbesserung künftiger Lernsituationen und auf die Notwendigkeit erneuter Sicherung, Vertiefung und Übung hin. Für die Schüler des sozial- und wirtschaftskundlichen Kurses (sk-Kurs) der Neigungsdifferenzierung dienen Lernerfolgskontrollen zugleich der erforderlichen objektivierten Leistungsmessung. Wichtige Zielbereiche des Faches Sozial- und Wirtschaftskunde, z.B. Handlungsbereitschaft und Werthaltungen, können allerdings z.Z. kaum operationalisiert werden und entziehen sich daher weitgehend einer Kontrolle.

In zunehmendem Maße sollen die Schüler auch befähigt werden, selbst Lernprozesse einzuleiten, Lernziele zu setzen und den Lernerfolg selbständig zu kontrollieren. Besonders in der Oberstufe und im sk-Kurs sollte der Lehrer diese Selbstkontrolle durch Abbau von Fremdkontrolle unterstützen, indem er Bewertungskriterien offenlegt, selbständige Auswertung von Fremdkontrolle einübt und Eigenkontrolle auswertet.

Neben den bisher üblichen Methoden der Überprüfung des Lernerfolgs im Unterricht, die häufig auf intuitiven Lehrerschätzurteilen beruhen, sollten in verstärktem Maße an Lernzielen orientierte informelle Tests eingesetzt werden, die vom Fachlehrer oder von einer Gruppe von Lehrern entwickelt werden. Dabei werden den Schülern einer bestimmten Lerngruppe eine Anzahl sorgfältig formulierter und inhaltlich strukturierter Aufgaben geboten, die sich auf Lernziele der Richtlinien oder daraus resultierende Feinlernziele beziehen und vom Schüler eine festgelegte Antwortreaktion erfordern.

Zu den augenblicklich gebräuchlichsten Aufgabentypen der Tests gehören:

- a) Der Auswahl-Aufgabentyp
- b) Der Aufgaben-Zuordnungstyp

- c) Der Lückentest
- d) Der Richtig-Falsch-Aufgabentyp

Weitere Möglichkeiten schriftlicher Lernerfolgskontrolle sind Arbeitsbögen (worksheets), die Aussagen, Informationen, Fragen und Aufgaben enthalten und von den Schülern selbständig ausgewertet werden. Hierbei kann der Lernzuwachs auch durch Anwendung von neuen Aufgaben in Entscheidungsbögen, die neue Fälle betreffen, ermittelt werden.

Im sk-Kurs der Neigungsdifferenzierung werden neben den regelmäßigen Lernerfolgskontrollen in jedem Halbjahr auf informellen Tests aufbauende komplexere Tests (Klassenarbeiten) durchgeführt, deren Zahl durch Erlaß geregelt wird.

Eine Objektivierung mündlicher Lernerfolgskontrolle bereitet Schwierigkeiten. Neben den herkömmlichen Methoden kann der Lernzuwachs auch durch Gruppengespräche, Gruppenaufgaben und durch Unterrichtskritik in Gesprächen ermittelt werden.

Bei der mündlichen Kontrolle des Lernerfolges sollten auch über den kognitiven Bereich hinausgehende Fähigkeiten berücksichtigt werden, z.B. Teamfähigkeit, Debattierfähigkeit, Kritikfähigkeit, Informationsfähigkeit u.a.

V. Medien

Unter Medien werden hier alle Unterrichtsmittel verstanden, deren sich Lehrer und Schüler bedienen, um sich über Absichten, Themen und Unterrichtsverfahren zu verständigen.

Innerhalb des sozialkundlich-politischen Unterrichts leisten sie einen doppelten Beitrag:

1. Sie haben eine Mittler-Funktion
2. Sie sind Unterrichtsinhalt (s. Problemfeld 2: „Kommunikation“)

Beim Einsatz der Medien bieten sich nachstehende methodische Möglichkeiten an:

Medien als

1. Informationsquelle
2. Arbeitsmittel
3. Kontextmaterial
4. kombinierte Montageteile
5. Anschauungshilfe

Da im Sozial- und Wirtschaftskunde-Unterricht aktuelle Fälle vom Schüler nur in begrenztem Umfang unmittelbar erfahren werden können (z.B. in der Schule, der Spielgruppe, der Familie, am Wohnort), muß der Unterricht in vielen Fällen (räumliche Distanz, Komplexität usw.) auf Medien zurückgreifen.

Charakteristisch für eine mediengebundene Konkretisierung politischer Lerninhalte ist die Herbeiführung problemhaltiger, durch Medien konkretisierter „Original-situationen“, mit deren Hilfe „exemplarisch“ Verhaltensformen, Regeln, Ordnungen wie auch Konflikte in Staat und Gesellschaft vermittelt und problematisiert werden können. Damit werden die Medien einer wesentlichen Forderung an Arbeitsmittel für die politische Bildung gerecht: Der Schüler lernt eine Situation möglichst umfassend und objektiv kennen, hat die Möglichkeit, sich mit ihr zu identifizieren, setzt sich aktiv und kritisch mit ihr auseinander, nimmt Stellung und lernt auf diese Weise, soziale und politische Fragen und Probleme zu bewältigen.

Entsprechend ihrer gesellschaftlichen Funktion kommt den audio-visuellen Medien in der Unterrichtspraxis besondere Bedeutung zu. Diese Medien vermitteln ein Bild unserer Gesellschaft; ihre Informationen und Beiträge zur Meinungsbildung müssen in den Unterricht miteinbezogen werden. Sie haben hier jedoch nicht nur Mittler-Funktion, sondern sind darüber hinaus Objekt des Unterrichts – einmal als Inhalt des Problemfeldes Kommunikation, zum anderen als Gegenstand der Medienpädagogik.

VI. Unterrichtsorganisation

1. Zur Arbeit mit dem Plan

1.1 Für die Fächer Geschichte, Erdkunde und Sozial- und Wirtschaftskunde sind in der Studententafel insgesamt 23 Jahreswochenstunden vorgesehen. Die Stunden sollen so verteilt werden, daß alle Schüler von Klasse 5 bis 10 mindestens eine Wochenstunde Unterricht im Fach Sozial- und Wirtschaftskunde erhalten, in Klasse 10 nach Möglichkeit zwei Stunden.

Für Schüler mit Differenzierungsschwerpunkt Sozial- und Wirtschaftskunde erhöht sich der Stundenanteil auf 5 Wochenstunden.

1.2 Die Kommission schlägt folgende Verteilung der Problemfelder auf die verschiedenen Stufen vor: (siehe dazu I 1.8)

Klasse	Problemfeld	Wochenstunden
5	Sozialisation, Freizeit, Umweltschutz, Kommunikation, Konsum, Internat. Beziehungen	ca. 6 Stunden für jedes Problemfeld
6	Sozialer Wandel, Gesellschaftliche Ordnung, Macht und Herrschaft, Soziale Chancen, Eigentum, Infrastruktur	

Klasse	Problemfeld	Wochenstunden
7	Sozialisation, Freizeit, Umweltschutz, Kommunikation, Konsum	ca. 7 Unterrichtsstunden für ein Problemfeld
8	Sozialer Wandel, Gesellschaftliche Ordnung, Eigentum, Infrastruktur, Internat, Beziehungen	
9	Macht und Herrschaft, Sozialisation, Soziale Chancen, Konsum	ca. 9 Unterrichtsstunden für ein Problemfeld
10	Eigentum, Internat. Beziehungen, Kommunikation, Gesellschaftliche Ordnung (Sozialer Wandel, Freizeit, Infrastruktur, Umweltschutz)	

Lehrer und Schüler sollten gemeinsam die aktuellen Fälle und Projekte auswählen, die den Problemkreisen zugeordnet sind (siehe dazu I, 1.9 und III, 1–9).

1.3 Erläuterung des Verfahrens am Beispiel des Problemfeldes „Kommunikation“

Das Problemfeld Kommunikation wird für die Klassenstufen 5, 7 und 10 vorgeschlagen.

Eine erste Bedingungsanalyse der Lernsituation (s. I, 1.8) durch eine Fachkonferenz könnte z.B. zu der folgenden didaktisch-methodischen Strukturierung führen. Die gemeinsame Unterrichtsplanung durch Lehrer und Schüler könnte dann im Einzelfall anhand aktueller Fälle die Unterrichtsthemen festlegen.

Klasse 5:

didaktischer Ansatz:

Kommunikation und Interaktion in der Klasse

Lernziele (die ganz oder zumindest teilweise erreicht werden sollen) zum Problemfeld Kommunikation: 2, 4, 8, 9, 11, 26, 1

Themenbeispiele

„Nicht alle Lehrer müssen gleich unterrichten“ (Unterrichtsstile, Unterrichtsformen und ihre Einflüsse auf Interaktionen und Sozialverhalten in der Klasse)

„Die Aufgabe verstehe ich nicht“ (Unterschiedliche Aufnahme und Verarbeitung von Informationen im Unterricht aufgrund von Sprach- und Verständnis-

schwierigkeiten – mögliche Überwindung der Schwierigkeiten durch Kooperation und Kommunikationshilfen)

Klasse 7:

didaktischer Ansatz: „Sprachbarrieren“ (ggf. fächerübergreifend mit Deutsch)

Lernziele: 2, 5, 6, 8, 13, 15, 16, (17, 18, 21, 22), 1

Themenbeispiele:

„Wird die Zeitung ihrer Aufgabe der Information und Meinungsbildung gerecht? “

(Schwierigkeiten des Verständnisses von Artikeln in der Tageszeitung aufgrund ihrer Sprache)

„Sind Fernsehübertragungen von Bundestagssitzungen informativ? “

(Warum werden Bundestagssitzungen „Live“ und/oder „ausschnittweise“ übertragen? Reden Politiker „für den Bürger“ oder für den Fachmann? In welcher Sprache reden sie?)

Klasse 10:

didaktischer Ansatz:

Massenkommunikation – „Einbahnkommunikation“

Lernziele: 2, 6, 11, 16, 17, 18 (19, 20, 22), 21, 23, 24, 25, 1

Themenbeispiele

„Massenmedien: Information oder Manipulation? “

(bes. Lernziele 21, 22)

„Wer kontrolliert die Massenmedien? “

(bes. Lernziele 24, 25)

„Familienserien, Krimis, Fernsehgericht – Spiegel gesellschaftlicher Realität? “

(bes. Lernziel 20)

Neben der oben skizzierten didaktischen Strukturierung einzelner Problemfelder sollte auch die Möglichkeit der Verbindung von Problemfeldern unter übergreifendem thematischen Aspekt gesehen werden.

z.B. Klasse 5

Ansatz: Verbindung von Kommunikation und Freizeit

Lernziele:

entsprechend aus beiden Problemfeldern

Themenbeispiel:

„Sollte man sich auf Reiseprospekte verlassen?“

(Formen der Werbung von Touristikunternehmen — Informationsgehalt von Werbetexten/Möglichkeiten des einzelnen, sich andere Informationen zu beschaffen — Was will die Werbung der Reiseunternehmen? — Eine Form des Freizeitverhaltens: Massentourismus)

2. Empfehlungen für den Kursunterricht im Fach Sozial- und Wirtschaftskunde in der differenzierten Oberstufe der Realschule

2.1 Fachspezifische Begründung

Die differenzierte Oberstufe der Realschule ist in vier Schwerpunktbereiche aufgeteilt: den sprachlichen, mathematisch-naturwissenschaftlichen, sozialkundlichen und musisch-künstlerischen. Das herkömmliche Alternativmodell, wobei in der Oberstufe neben dem sprachlichen Zweig ein mathematisch-naturwissenschaftlicher angeboten wurde, ist also um zwei weitere Bereiche erweitert worden. Auf diese Weise ist es möglich, in der differenzierten Oberstufe den größten Teil der Lernbedürfnisse der Schüler zu erfassen.

Im Hinblick auf die Differenzierung hat der Schüler die Möglichkeit, in den Klassen 5–8 Ziele und Inhalte der Sozial- und Wirtschaftskunde kennenzulernen. Während dieser Zeit (mit einer Wochenstunde SoWi) wird die Differenzierung vorbereitet. Der Schüler hat somit frühzeitig Gelegenheit, seine Neigung zu profilieren. Er muß dazu angeleitet werden, seine Neigung und Befähigung für das Fach selbst feststellen zu können. Seine Entscheidung für den sozialkundlichen Kurs sollte keine Entscheidung gegen eines der anderen Kursfächer sein.

2.2 Die besonderen Anforderungen im Kursunterricht Sozial- und Wirtschaftskunde

Die erweiterten Anforderungen des sozialkundlichen Kursunterrichts ergeben sich aus der spezifischen Neigung der teilnehmenden Schüler und aus dem vergrößerten zeitlichen Angebot des Kursunterrichts. Die konkretisierten Lernziele zu den Problemfeldern sollten im zeitlich erweiterten Kursbereich stärker als im Kernunterricht auf ihre pragmatische und instrumentale Ebene hin ausgeweitet werden (s. III, 7: instrumentale Lernziele). Dabei hat der Lehrer die Möglichkeit, diese Fertigkeiten und Techniken durch den verstärkten Einsatz unterrichtlicher Medien zu fördern.

Weitere Möglichkeiten zur Erweiterung und Vertiefung der Lernerfahrungen bietet für das Kurssystem die ausführliche Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Betriebserkundungen sowie der verstärkte Einsatz von Gruppenarbeit.

2.3, Organisation des Unterrichts

Die unterrichtliche Organisation im Kursunterricht Sozial- und Wirtschaftskunde hat

zunächst, verglichen mit den Klassen 5–8, die erweiterten zeitlichen Voraussetzungen zu berücksichtigen. Durch die Zuordnung der Lernziele und Lerninhalte zu den 12 Problemfeldern ergeben sich in der differenzierten Oberstufe verschiedene Ansatzpunkte für die Durchführung des Unterrichts:

Es erfolgt die erneute Behandlung (einer ausgewählten Anzahl) der 12 Problemfelder, deren Lernziele bereits in der Unter- bzw. Mittelstufe erreicht wurden. Dabei können Lernziele anderen Inhalten zugeordnet werden (Transfer). Die Inhalte der Problemfelder werden entsprechend ihrer erhöhten Komplexität und gemäß der gesteigerten Leistungserwartung in den Klassen 9 und 10 ausgewählt.

Durch freiere Angebote im Bereich der Lerninhalte wird der Schüler zu aktiver Beteiligung am unterrichtlichen Geschehen motiviert.

Es besteht in verstärktem Maße die Möglichkeit, verschiedene Themenbereiche der Problemfelder miteinander zu verbinden und zu integrieren.

In der differenzierten Oberstufe ist die Zusammenarbeit zwischen den Fachlehrern besonders notwendig. So muß gemeinsam entschieden werden, ob für bestimmte Problemfelder eine erneute Behandlung im Fach Sozial- und Wirtschaftskunde erfolgt oder ob die Fächer Erdkunde, Geschichte, Biologie bzw. Deutsch die weitere Vertiefung übernehmen.

VII. Glossar der Fachtermini

Abbilddidaktik

„Als Voraussetzung für das Modell der Curriculum-Revision trifft Robinsohn drei Entscheidungen, eine über den *Umfang* der Curriculum-Ermittlung, eine über den Vorrang der *Fachwissenschaften* und eine über die im Verhältnis zu den Fachwissenschaften *ergänzenden Inhalte* ... Die *zweite* Vorentscheidung räumt den Fachwissenschaften eine bevorzugte Stellung zur Ermittlung der gesuchten Inhalte ein ... Der Vorrang der Wissenschaften bestimmt sich ... darin, daß sie die Beobachtung und Interpretation der Welt systematisch unternehmen ... Robinsohn sagt ausdrücklich, daß man im didaktischen Zusammenhang weder die akademischen Fachabgrenzungen übernehmen könne, noch ihre immanenten und vieldeutigen Zielsetzungen auf ihre Bildungsleistung übertragbar seien. Mit dieser Verneinung einer Abbilddidaktik bestätigt Robinsohn die entsprechende Grundthese der bildungstheoretischen Didaktik, insofern diese auf eine Theorie des Kategorialen hinauslief und insofern sie die Unmöglichkeit erkannte, Motiv und didaktische Intention der Unterrichtsfächer von den korrespondierenden Fachwissenschaften abzuleiten.“ (Blankertz)

Abstraktionsniveau

Grad der Konkretheit, Genauigkeit und Eindeutigkeit, mit dem ein Lernziel beschrieben ist. Häufig werden drei Abstraktionsebenen unterschieden: Abstraktions-

niveau 3 („Richtziele“), Abstraktionsniveau 2 („Grobziele“), Abstraktionsniveau 1 („Feinziele“). Abstraktionsniveau 1 verlangt Lernziele mit höchster Eindeutigkeit und Präzision. Mager nennt drei Bedingungen, die bei dieser Art von Lernzielen erfüllt sein müssen:

1. Das Endverhalten muß möglichst präzise definiert sein.
2. Es müssen die Bedingungen genannt sein, unter denen der Lernprozeß ablaufen soll
3. Der Beurteilungsmaßstab muß bekannt sein.

Affirmation lat. „Bejahung“, „Zustimmung“, „Bekräftigung“; affirmativ.

Von Systemkritikern benutzte Termini zur Qualifizierung von system-immanenten Lösungsversuchen ohne kritische Hinterfragung des Bestehenden im Sinne der Systemerhaltung und -stabilisierung. Auf den Bereich der politischen Bildung übertragen, dienen die Begriffe zur Kennzeichnung eines auf die bloße Erläuterung der vorhandenen gesellschaftlichen Institutionen (sog. Institutionenlehre als Ausdruck der Bemühungen um eine politische Didaktik der retrospektiv und restaurativ bestimmten Pädagogik der fünfziger Jahre) ausgerichteten politischen Unterrichts. In Anlehnung an den gesellschaftskritischen, auf Emanzipation, Innovation und damit weitgehend auf Überwindung bestehender gesellschaftlicher Systeme sozialer Ungleichheiten abzielenden Ansatz der Frankfurter Soziologenschule sind seit der Mitte der sechziger Jahre kritische curriculare Modelle vorgelegt worden.

Agitation

Politische Werbeform, bei der vor die Argumentation eine Phase der Interessenweckung geschoben wird, z.B. durch Parolen, Anknüpfung an persönliche Interessen, Schockieren, Aufzeigen von Mißständen usw.

Antagonismus

Interessengegensätze, die (nach marxistischer Auffassung) unter den gegebenen sozialen Bedingungen unvereinbar sind; ein Widerspruch, der sich im Rahmen der bestehenden Gesellschaft nicht lösen läßt: z.B. der im Kapitalismus herrschende Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit.

Curriculum

Der Begriff bedeutete im Lateinischen ursprünglich „Zeitabschnitt“ oder „Ablauf“ in der Zeit (z.B. als Lebenslauf) oder auch „wiederkehrende Abfolge von Phasen“ (etwa im Jahresablauf), daneben „Wettkampf“ oder „Laufbahn“. Im 18. Jahrhundert wurde Curriculum bereits im Sinne von „Lehrplan“ verwendet, der Begriff verschwand aber aus dem pädagogischen Sprachgebrauch und wird erst wieder aus dem angelsächsischen Sprachraum und in präziserer Bedeutung übernommen. Einerseits soll er den Begriff des Lehrplans ersetzen. Andererseits hat er einen größeren Bedeutungsumfang: Curriculum umfaßt nicht nur die Festlegung eines systematisierten Plans der Lehrziele und der Lehrinhalte der Schule, also eines Lehrplans, sondern darüber hinaus auch die systematisch entwickelten Lehrbücher, Lehrprogramme und sonstigen Lehrmittel zur Vermittlung der zielorientierten Inhalte; soweit im Aufbau dieser Lehrmittel die

Unterrichtsmethoden bereits vorgezeichnet sind, fallen auch die Fragen des Unterrichtsverfahrens unter den Begriff des Curriculums.

Eigentumstheorien

a) aprioristische:

Die Okkupationstheorie knüpft das Eigentumsrecht an die Besitzergreifung von herrenlosen Sachen und betrachtet sie als Lohn dafür, daß der Okkupant durch seine Herrschaftsausübung den herrenlosen Naturgegenstand in Erweiterung des menschlichen Wirkungskreises zum Wirtschafts- und Kulturgut macht und damit ein neues Stück Gemeinschaftsvermögen schafft. — Nach der Arbeitstheorie wird der Naturgegenstand nicht durch bloße Aneignung, sondern erst durch Be- oder Verarbeitung menschliches Wirtschafts- oder Kulturgut. Daher ist auch nur die güterschaffende Arbeit als Rechtfertigung der Eigentümerherrschaft anzusehen.

b) individualistische:

Die Persönlichkeitstheorie als die wichtigste individualistische Theorie begründet das Eigentum aus der Notwendigkeit des Menschen, über Güter zu verfügen, um seine Persönlichkeit entfalten zu können.

c) soziale:

Lehre von der Sozialgebundenheit des Eigentums, aus der nicht nur zahlreiche Beschränkungen des Eigentümers im Interesse der Allgemeinheit, sondern auch Pflichten des Unternehmers auf Beteiligung der Belegschaft am Unternehmen durch Gewährung von Mitspracherechten in Verwaltung und Beteiligungsrechten am Ertrag abgeleitet werden.

Emanzipation

Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung; Auflösung von Vorurteilen, Freisetzung nicht-manipulierter Bedürfnisse; Abschaffung von Unterdrückung; Überwindung eines Zustandes von unnötiger Herrschaft und Abhängigkeit.

empirisch

Nur auf Tatsachen, auf besondere Tatbestände, wie sie statistisch oder durch das Instrumentarium der Sozialforschung erfaßt werden können, beschränkt; oft ohne angemessene Berücksichtigung von Ursachen und inhaltlichen Widersprüchen der behandelten Gegenstände.

exemplarisch

Von Einzelfällen ausgehend gesellschaftliche Prozesse und Strukturen erklären, an Einzelfällen wesentliche Elemente des Gesamtzusammenhanges deutlich machen.

Gerontologie

Wissenschaft vom Alter

Herrschaft

Siehe unter Lerninhalte II, 5.2

Ideologie

unterschiedlicher Gebrauch des Begriffs in der Philosophie; allgemein: wirklichkeitsfremde Anschauung, Theorie der Weltanschauung; im Marxismus Bezeichnung für alle weltanschaulichen, philosophisch-metaphysischen und theologischen Lehren, die als sog. ideologischer Überbau nur Spiegelung der ökonomischen Verhältnisse (Basis) der jeweiligen Klasse seien;

in der Wissenssoziologie bzw. Politologie diskutierter Begriff für die „standortbedingte“, wesentliche Faktoren der Realität negierende Fehlordnung menschlichen Bewußtseins, die durch Ideologiekritik zu überwinden ist.

Infrastruktur

(lat infra = unterhalb; structum = Bauart)

1. Der Unterbau einer Organisation (im militärischen Bereich).

2. In der Volkswirtschaft: Bezeichnung für den Zustand der auf Grund ihrer weitgehenden Interdependenz für die Leistungsfähigkeit einer modernen Industriegesellschaft unerläßlichen (meist) öffentlichen Einrichtungen. Hierzu zählen der Ausbau von Straßen, Kanälen und sonstigen Verkehrseinrichtungen, Maßnahmen zugunsten einer ausreichenden Wasser- und Energieversorgung, eines leistungsfähigen Nachrichtensystems, eines zur Hebung des Ausbildungsstandes der Bevölkerung qualifizierten Erziehungswesens usw.

Obwohl Anweisungen zur Verbesserung der Infrastruktur einen hohen Zeitbedarf haben und damit nicht sofort zur Steigerung der Produktion beitragen, erhöht eine ausgebauten Infrastruktur die Produktivität einer Volkswirtschaft ganz erheblich.

Interdependenz

gegenseitige Abhängigkeit

Internalisierung

Vorgang, durch den man im Verlauf der Sozialisation und der Erziehung in der Gesellschaft verbreitete Regeln und Vorstellungen als für die eigene Person gültige anerkennt und als verbindliche Richtlinien übernimmt. Die Herausbildung des Gewissens z.B. beruht weitgehend auf dieser Verinnerlichung gesellschaftlicher Wertvorstellungen und Verhaltensregeln – vor allem in der Kindheit über die Anweisungen und das Verhalten der Eltern. Soziale Normen und Forderungen anderer werden in die individuelle Psyche hineingenommen, werden zu Faktoren scheinbar ganz individueller und unbeeinflusst „von Innen“ gespeister und ausgerichteter Verhaltensantriebe und -steuerungen.

Konflikt

eigentlich „Zusammenstoß“, Zwiespalt, Streitfall; ein Grundbegriff der politischen Bildung; Schlüsselbegriff des politischen Geschehens. Soziale Konflikte ergeben sich z.B. aus ungleicher Güterverteilung, ungleichem Anteil an Herrschaft, Chancengleichheit u.a.

kreatives Denken

Die Fähigkeit, Probleme originell und neuartig, d.h. kreativ zu lösen. Gegensatz: ein Denken, das Probleme nach übernommenen Mustern oder mit Hilfe starrer Regeln in Angriff nimmt.

Lernsequenz

„Es gibt keinen allgemeinverpflichtenden Inhaltskanon mehr, stattdessen werden Lernsequenzen (Folgen von Unterrichtseinheiten) empfohlen, die die Gewähr dafür bieten, daß die Qualifikationen erreicht werden.“ (Richtlinienentwurf für den politischen Unterricht – NRW)

Macht

Macht zu besitzen bedeutet, seinen Willen auch gegen den Widerstand anderer durchsetzen zu können. Macht ist eine Erscheinung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie ist nicht nur im Bereich der Politik anzutreffen, wenn sie auch ihre wichtigste Ausprägung in Staat und Politik erfährt. Die Merkmale der Macht sind: Führung, Anordnung, Befehl, Überordnung, Autorität, Vertrauen, Prestige, Gehorsam, Unterordnung, Angst, Furcht, Strafe, Opportunismus.

Siehe auch unter Lerninhalte II, 5.2.

makro-(mikro-) ökonomischer Aspekt

siehe unter Werbung

Normen – Pädagogische Normen

Der Begriff „Norm“ wird hier nicht im Sinne von Durchschnittsmaß, sondern in der Bedeutung „Vorschrift“, „Forderung“ gebraucht, ohne Rücksicht auf die Reichweite oder Begründung der unter diesem Oberbegriff zusammengefaßten Inhalte gesellschaftlicher Setzungen.

Da der Lehrende den Lernenden beeinflussen will, kommt die Pädagogik ohne Setzungen, die das Ziel der Einflußnahme bezeichnen, nicht aus.

Normensetzungen in der Pädagogik müssen vom Didaktiker und Lehrenden kritisch überprüft werden auf ihre semantische Eindeutigkeit als Handlungsanweisung, auf ihre Begründungen, Herkunft, auf dahinterstehende mögliche Gruppeninteressen und mögliche Nutznießer und auf die prüfbaren Folgen, die Normen in der Durchführung gehabt haben. Die nähere Bestimmung des Normcharakters ermöglicht eine Aussage über die Verbindlichkeit, die sie in einer pluralistischen Gesellschaft beanspruchen kann. Deshalb sollte bei der „Normenkritik“ zwischen Ideologien, Utopien, konkret überprüfbar Vorurteilen partieller Art, weltanschaulichen Positionen, formellen und informellen Übereinkünften unterschieden werden.

(Heimann/Schulz)

Ökonomie

von griech. „oikos“ = das Haus, das Gehört, abgeleitete Bezeichnung für Wirtschaft; Ökonomik, Wirtschaftskunde, Wirtschaftswissenschaft. Ihr Gegenstand ist die Erforschung der Wirtschaft. Unter Wirtschaft wird der rationale Umgang mit knappen Gütern verstanden. Güter sind sowohl reale Güter als auch Dienstleistungen, die zur Befriedigung menschlichen Bedarfs dienen. Ist der Vorrat an Gütern hinreichend, um den gesamten darauf gerichteten Bedarf stets zu befriedigen, dann handelt es sich um freie Güter. Übersteigt dagegen der Bedarf den Vorrat an Gütern oder Dienstleistungen, dann wird von knappen Gütern und Dienstleistungen gesprochen. Nur diese bilden den Gegenstand der Wirtschaftswissenschaft. Anliegen der W. ist also die Erforschung wirtschaftlicher Erscheinungen und ihrer Zusammenhänge in Vergangenheit und Gegenwart und die Analyse der Ziele und Mittel zur Gestaltung wirtschaftlicher Prozesse und Strukturen.

Operationalisierung

Ein Verfahren, bei dem die Richtigkeit einer Aussage (z.B. „Angst steigert die Bereitschaft des Kindes zur Lüge“) dadurch untersucht wird, daß (erstens) diese Aussage in ihre Bestandteile (Angst, Lüge) zerlegt wird, daß (zweitens) Kriterien bestimmt werden, die der direkten Beobachtung und Messung zugänglich sind (für Angst z.B.: Angstschweiß, Zittern), und daß (drittens) in einer Vielzahl von Fällen geprüft wird, ob die so empirisch gewonnen Meßwerte (für „Angst“ und „Lüge“) im Sinne der Aussage miteinander in Beziehung stehen oder nicht.

„Grundsätzlich gilt nun im Berliner Curriculum-Konzept die Forderung, daß die Lernziele, anders ausgedrückt: die in der Schule jeweils angestrebten Qualifikationen, präzise und unmißverständlich formuliert, genauer: daß sie operationalisiert werden müssen. Das bedeutet: Lernziele müssen als Operationen des Lernenden, als Verhaltens- oder Handlungsweisen beschrieben werden, indem angegeben wird, was jemand nachweisbar können muß, wenn das Ziel als erreicht gelten soll. Damit ist zugleich gesagt, daß Operationalisierung Angaben darüber enthält, mit Hilfe welcher Kriterien beurteilt werden kann, ob Lernziele erreicht oder nicht erreicht wurden.“ (Klafki)

„Versuchen wir, uns die Struktur unseres Vorgehens noch einmal zu verdeutlichen. Wir sind ausgegangen von dem nicht direkt empirisch faßbaren Begriff der Integration und haben Indikatoren oder Aspekte dieses Begriffs genannt. Jeder dieser Indikatoren wurde in einer Kette immer konkreterer Aussagen so umgeformt, bis am Ende schließlich Anweisungen standen, wie die Aussagen der letzten Stufe festgestellt oder beobachtet, oder kürzer, wie sie gemessen werden können. Dieser Prozeß heißt Operationalisierung von Begriffen. Seine letzte Stufe enthält die operationalen Definitionen der ursprünglichen Begriffe. Eine operationale Definition enthält also die Vorschriften, nach denen man entscheiden kann, ob in der Realität die Sachverhalte vorliegen, die zu dem durch den Begriff gekennzeichneten Phänomen gehören.“

(Wolf)

Personalisierung

gesellschaftliche Verhältnisse und Zusammenhänge werden ursächlich auf Personen zurückgeführt — falsches Bewußtsein, dem die Verkehrung der wirklichen Zusammenhänge zugrundeliegt.

Pluralismus

politisch-soziologisch: ein grundlegendes Merkmal moderner „freiheitlich-demokratischer“ Gesellschaftsordnungen, in denen eine große Zahl miteinander konkurrierender gesellschaftlicher Gruppierungen mit unterschiedlichen Wertordnungen und Interessen bestehen.

Politik siehe auch Inhalte II, 4.2

„Politik als gesellschaftliches Handeln (d.h. Handeln, das zweckhaft auf das Verhalten anderer bezogen ist), welches darauf gerichtet ist, gesellschaftliche Konflikte über Werte (einschließlich materieller Güter) verbindlich zu regeln. Die bindende Wirkung solcher Regelungen muß nicht auf Zwang beruhen (die Definition der Politik als „legitime Gewaltsamkeit“ und des Staates durch das „Monopol der Gewaltsamkeit“ ist zu eng, weil sie eine spezifische Form politischen Handelns absolut setzt); aber Verbindlichkeit ist ein wesentliches Merkmal politischer Konfliktregelung.“

(Lehmbruch)

Politologie

Sie gliedert sich in verschiedene Teilgebiete mit besonderen Aufgaben: „Die Lehre von den „politischen Systemen“ untersucht die empirische, beobachtete Wirklichkeit politischen Handelns innerhalb des Staates: dabei kommen dann auch die sozialen Bedingungen politischen Handelns und die Formen der Vergesellschaftung, in denen es sich vollzieht (häufig als Objekt der „politischen Soziologie“ bezeichnet) ins Blickfeld. Das politische Handeln im zwischenstaatlichen Verhältnis ist Gegenstand der Lehre von den „Internationalen Beziehungen“. Diese empirischen Teildisziplinen stehen in enger Wechselbeziehung mit der theoretischen Reflexion über das Ziel und die Rechtfertigung politischen Handelns, die sich als „Politische Theorie“ auch verselbständigt hat und sich mit den Vorstellungen von Politik als (normativ) aufgegebenes Handeln auseinandersetzt, wie sie uns in der politischen Ideengeschichte begegnet.“

(Lehmbruch)

progressiv

fortschreitend; Einstellung, die gegenüber Traditionsverbundenen und Konservativen auf gesellschaftlichen Fortschritt im Sinne der Lösung der sozialen Konflikte zugunsten eines größeren Maßes an Freiheit drängt, Demokratisierung unterstützt.

Qualifikationen

Operationalisierung; „Qualifikationen und Lernziele des politischen Unterrichts sollen die Schüler befähigen, die verschiedenen Lebenssituationen zu bewältigen, in die sie als

Staatsbürger und als Mitglieder unserer Gesellschaft kommen werden. Dabei geht es darum, aus der Fülle der denkbaren und möglichen Lebenssituationen diejenigen auszuwählen, die für eine große Zahl von Menschen bedeutsam sind und Entscheidungen verlangen. Den Rahmen für Situationen dieser Art bilden vor allem die folgenden Situationsfelder: Schule, Familie, Beruf, Freizeit, Öffentlichkeit, Internationale Beziehungen. Diese Situationsfelder stehen in einem interdependenten Verhältnis zueinander. Während Qualifikationen Verhaltensdispositionen umfassender Natur sind, stellen die Lernziele einzelne Elemente der Qualifikationen dar. Diesen einzelnen Zielelementen werden konkrete Inhalte, Themen und Themenfolgen zugeordnet, mit deren Hilfe die beschriebenen Ziele erreicht werden können.“ (Richtlinien-Entwurf für den politischen Unterricht, NRW)

Qualifikationskatalog (Entnommen dem Entwurf der Richtlinien- und Handreichungen
– Kommission für die Politische Bildung, Sekundarstufe I NW)

- Qual. 1: Fähigkeit und Bereitschaft, gesellschaftliche Zwänge und Herrschaftsverhältnisse nicht ungeprüft hinzunehmen, sondern sie auf ihre Zwecke und Notwendigkeiten hin zu befragen und die ihnen zugrundeliegenden Interessen, Normen und Wertstellungen kritisch zu überprüfen.
- Qual. 2: Fähigkeit und Bereitschaft, die Chancen zur Einflußnahme auf gesellschaftliche Vorgänge und Herrschaftsverhältnisse zu erkennen, wahrzunehmen und zu erweitern.
- Qual. 3: Fähigkeit und Bereitschaft, sprachliche und nichtsprachliche Kommunikation auf ihren ideologischen Hintergrund zu durchschauen.
- Qual. 4: Fähigkeit und Bereitschaft, in politischen Alternativen zu denken, Partei zu ergreifen und ggf. auch unter Druck von Sanktionen zu versuchen, Entscheidungen zu realisieren.
- Qual. 5: Fähigkeit, die eigene Rechts- und Interessenlage zu reflektieren, und die Bereitschaft, Ansprüche auch in Solidarität mit anderen durchzusetzen, sowie Fähigkeit und Bereitschaft, gesellschaftliche Bedürfnisse als eigene zu erkennen und ihnen ggfs. Priorität vor der Befriedigung privater Interessen zu geben.
- Qual. 6: Fähigkeit, die gesellschaftliche Funktion von Konflikten zu erkennen, und die Bereitschaft, sich durch die Wahl geeigneter Konzeptionen an der Austragung von Konflikten zu beteiligen.
- Qual. 7: Fähigkeit und Bereitschaft, sich und anderen durch Abbau von gesellschaftlichen Zwängen Genußmöglichkeiten zu schaffen und diese zu erweitern.
- Qual. 8: Fähigkeit und Bereitschaft, angesichts von persönlichen oder gesellschaftlichen Problemen Eigeninitiative zu entwickeln und – unter ständiger

Prüfung der Realisierbarkeit – geeignete Wege zu ihrer Verwirklichung zu gehen.

Qual. 9: Fähigkeit und Bereitschaft, als Mitglied in verschiedenen sozialen Gruppen mitzuarbeiten, gegenüber ihren Anforderungen und Zumutungen offen zu sein und Belastungen des Ich-Bildes (Identitätskrisen) auszuhalten sowie Möglichkeiten zur Veränderung und Erweiterung des Ich-Bildes auszunutzen wie auch anderen zuzugestehen und zu erleichtern.

Qual. 10: Fähigkeit und Bereitschaft, Vorurteile gegenüber anderen Gesellschaften abzubauen, die Bedingungen ihrer Andersartigkeit zu erkennen und ggfs. für die Interessen der Unterprivilegierten zu optieren sowie Strukturveränderungen in der eigenen Gesellschaft um einer gerechteren Friedensordnung willen zu akzeptieren.

Sozialer Wandel

- a) Auguste Comtes 3-Stadienlehre: Intellektuell geht der Mensch aus der theologischen Entwicklungsphase durch die metaphysische in die positive. In der ersten erklärt er die Erscheinungen durch übernatürliche Kräfte, in der zweiten durch allgemeine Begriffe, in der dritten begnügt er sich, die Zusammenhänge durch Beobachtung und Experiment aufzuspüren. Diesen drei Stadien entsprechen in der gesellschaftlichen Entwicklung drei Stufen, die aus dem priesterlich-kriegerischen Zustand über die Herrschaft der Richter und Beamten zum industriellen Stadium führen.
- b) Marx' Histomat: Der historische Materialismus sieht in den ökonomischen und sozialen Verhältnissen die entscheidenden geschichtlichen Kräfte, die Basis: die Produktivkräfte sowie die Produktionsverhältnisse oder die ökonomische Struktur einschließlich der Eigentumsordnung. Kunst, Wissenschaft, politische Anschauungen und religiöse Überzeugungen gehören zum ideologischen Überbau, d.h. sie sind durch die Basis bedingt. Aus dem verschieden schnellen Entwicklungstempo dieser Schichten ergeben sich soziale Spannungen, Klassenkämpfe, schließlich Revolutionen, die das Gleichgewicht in einer neuen geschichtlichen Formation wieder herstellen. An solchen Formationen werden unterschieden: der Urkommunismus zu Anfang der menschlichen Gesellschaft; die sklavenhaltende Gesellschaft der Antike; die feudale, wesentlich agrarische Gesellschaft des Mittelalters; die bourgeoise oder kapitalistische des 19. Jahrhunderts und schließlich nach der proletarischen Revolution die sozialistische, in ihrem Endstadium in die kommunistische übergehende Gesellschaftsordnung der Zukunft.
- c) Toynbees Prinzip von „challenge and response“
Diese auf der Idee des Kampfes ums Dasein beruhende und stark geschichtsphilosophisch geprägte Theorie des sozialen Wandels betont als Grundschema für die Entwicklung von Kulturen das Prinzip von „challenge and

response", von Herausforderung und Antwort. Der Ursprung der ersten Herausforderung, die das Entstehen einer Kultur bedingt, liegt in der natürlichen Umwelt. Diese Herausforderung wird aber nur dann wirksam, wenn sie auf eine schöpferisch tätige Minorität elitären Charakters trifft, die auf die Herausforderung reagiert, indem sie neue Anpassungsmechanismen oder Techniken, also eine Antwort findet. Der schöpferischen Minorität steht das „innere Proletariat“ gegenüber, die beide zu einer Kultur gehören. Die Antwort auf die erste und alle darauf folgenden Herausforderungen muß so beschaffen sein, daß sie den Erfordernissen aller zur Kultur gehörenden Gruppen entspricht. Solange dies gegeben ist, wird der Elite vom neueren Proletariat spontan Gefolgschaft geleistet. Vermag die Elite keine adäquaten Antworten auf die Herausforderung mehr zu finden, erkennt das innere Proletariat deren Führung nicht mehr an. Es kommt zum „break down“, zur Desintegration der Gesellschaft. In diesem Augenblick der Schwäche der „first generation culture“ erfolgt eine Invasion des nicht zur eigenen Kultur gehörenden „äußeren Proletariats“, das selbst auf einer niedrigeren Kulturstufe stehend – den Reichtum der bedrohten Kultur als Herausforderung empfindet. Durch Verschmelzung der überlebenden Kulturelemente mit denen des äußeren Proletariats entsteht die „second generation culture“.

d) W. F. Ogborns Theorie des „cultural lag“

Den Ausgangspunkt für die Betrachtung des sozialen Wandels stellen hier die Kulturelemente eines sozialen Systems dar, zwischen denen bestimmte Wechselwirkungen bestehen, und die in der Regel einander nicht vollkommen angepaßt sind. Dabei sind zwei Hauptsektoren in einer Kultur zu unterscheiden: die materielle Kultur, d.h. das technische Produktionssystem oder allgemein die Technik, und die immaterielle Kultur, d.h. die soziale Organisation oder eine Elite, der die Kontrolle und der Gebrauch des Produktionssystems obliegt. In der modernen industrialisierten Gesellschaft werden die meisten Erfindungen im technischen Sektor, also im materiellen Teil der Kultur akkumuliert, ohne daß automatisch eine Anpassung im immateriellen Teil der Kultur erfolgt. Es entsteht somit ein „cultural lag“: ein kultureller Rückstand oder ein Nichtschritt halten der immateriellen Kultur, vor allem in den Verhaltensmustern, oder der sozialen Organisation mit den Veränderungen der sich rascher wandelnden materiellen Kultur. Trotz Notwendigkeit der Anpassung eines Kulturelements an einen veränderten Kulturbestandteil, wie Religion und Wissenschaft oder Familie, Erziehung und Bildungssystem, bleiben verschiedene sozialkulturelle Bereiche zurück, hinken nach. Auf Grund der Schnelligkeit und des Umfangs des technischen Fortschritts häufen sich die Verspätungen. Mangelnde Synchronisation führt zu einem Zustand der Unangepaßtheit, der u.a. durch geplante Reformen oder durch Revolution zu beheben ist.

Sozialisation

Intendiertes oder nicht intendiertes Erlernen und Aneignen der in der Gesellschaft dominierenden Verhaltensformen.

Soziologie

„Der Soziologe versucht immer hinter die Fassade der sozialen Beziehungen zu schauen, die Mechanismen des menschlichen Verhaltens zu ergründen, die Funktion der sozialen Erscheinungen zu erkennen. Seine Perspektive ist die des Zweiflers und Skeptikers, der hinter den alltäglichen Selbstverständlichkeiten im Umgang der Menschen miteinander verborgene Motive und Wirkungszusammenhänge vermutet ... Das Erkenntnisinteresse der Soziologie ist auf Emanzipation gerichtet; sie will die Möglichkeiten menschlicher Selbstgestaltung im sozialen Verband durch die Analyse der gesellschaftlichen Funktionsverflechtungen und des Zwangscharakters der sozialen Institutionen erst freilegen.“

(Hans Peter Dreitzel)

strukturell

Die Struktur der Gesellschaft betreffend, den Aufbauprinzipien der Gesellschaftsordnung entsprechend.

strukturelle Konflikte

Konflikte, die sich aus Art und Aufbau der Gesellschaft ergeben, die in den fundamentalen Widersprüchen der Organisation sozialer Prozesse begründet sind.

Strukturgitter, didaktisches

„Während Robinsohn und die nach seinem Verfahren arbeitenden Curriculumforscher (Knab, Zimmer) das kritische Element der Curriculararbeit durch die geeignete Zusammensetzung der Arbeitsgruppen oder Kommissionen zu sichern versuchen (Ebene der Instanzen), verlegen Blankertz und seine Mitarbeiter dieses Element in das Verfahren. Dies geschieht durch die Konstruktion eines Suchrasters, eines Problematisierungsinstrumentes in der Form einer Matrix, von den Urheberern auch „didaktisches Strukturgitter“ genannt. In dem Arbeitsprozeß, an dessen Ende als Ergebnis die Qualifikationen stehen, muß jeder didaktisch wichtige Inhalt eine Produktionsphase durchlaufen, welche die Richtlinienkommission „curriculare Analyse mit Hilfe des Strukturgitters für den politischen Unterricht“ genannt hat. Dieses Strukturgitter war für die Arbeit dieser Kommission von Gösta Thoma, einem Mitarbeiter von Blankertz, entwickelt worden. Es sollte gewährleisten, daß die Mitglieder der Kommission die für die weitere Arbeit benötigten Inhalte nach relativ gleichem Denkverfahren einer Analyse in didaktischer Absicht unterzogen; dadurch sollte der Einfluß personeller Zufälligkeit und individueller Auffassungen verringert werden und die Objektivität des Verfahrens gesteigert werden.“

(Walter Gagel)

systemkonform

In Übereinstimmung mit den grundlegenden wirtschaftlichen und geistigen Bedingungen und Zielen sowie den Organisationsformen eines Systems stehend. Systemkonforme Kritik stellt die Grundlagen eines Systems nicht in Zweifel, sondern beschränkt sich darauf, ein ungestörtes Funktionieren des Systems zu ermöglichen.

Taxonomie

„Unter Lernzieltaxonomie versteht man die hierarchische Ordnung aller Lernziele innerhalb eines bestimmten Lernbereichs, wobei die Hierarchie nach einem einzigen gleichbleibenden Ordnungsgesichtspunkt erstellt wird.“ (Chr. Möller)

Lernzieltaxonomien sind inhaltlich neutral. Sie stellen formale Klassifikationssysteme dar. Als Ordnungsprinzipien gelten: für den kognitiven Bereich die Komplexität des Lernzieles, für den affektiven Bereich der Grad der Internalisierung, für den psychomotorischen Bereich der Grad der Beherrschung.

Transfer

Übertragung des in einer Aktionsweise Gelernten auf andere Problemsituationen, z.B. die Übertragung der von einem Facharbeiter im Umgang mit Maschinen und Material ausgebildeten Fähigkeiten auf den Bereich gesellschaftlicher Einsichten und Erkenntnisse. Grundsätzlich ist der Erziehungsprozeß des Individuums als ein Vorgang aufzufassen, in dem früheres Lernen auf die Möglichkeit eines späteren Lernens durch positiven oder negativen Transfer (begünstigend oder hemmend) nachwirkt.

Validierung

aus dem Amerikanischen übernommener Begriff; „Der Begriff der Validierung, der Testkonstruktionsarbeit entnommen, bedeutet hier ein Messen der Lernziele an bestimmten Kriterien, die ein Grobziel notwendigerweise erfüllen muß, um überhaupt in den zu konstruierenden Lernplan aufgenommen werden zu können.“

(Chr. Möller)

Werbung

Der makro-ökonomische Aspekt:

Durch die im Zuge der wirtschaftlichen und sozialen Emanzipation der Verbraucher erfolgte Umwandlung des Verkäufermarktes in einen Käufermarkt ist eine intensive Beschäftigung mit dem Instrumentarium des Verkaufens, dessen wesentliches Instrument die Werbung ist, notwendig.

Der mikro-ökonomische Aspekt:

Durch den Konkurrenzdruck, dem Unternehmen in hochkapitalistischen Systemen ausgesetzt sind, ist zur Ermöglichung marktgerechter Preise das Prinzip der Massenproduktion entwickelt worden, das jedoch nur funktioniert, wenn auch ein Massenabsatz dem gegenüber steht. Folglich hat das Bemühen, die Produkte marktgerecht zu entwickeln und zu verkaufen, d.h. das „Marketing“, für die Unternehmen zentrale Bedeutung erlangt.

VIII. Literaturverzeichnis

1. Allgemein

- Adorno, Theodor W.: Erziehung zur Mündigkeit; Suhrkamp Taschenbuch 11, Frankfurt 1972
- Beck, Johannes u.a.: Erziehung in der Klassengesellschaft; List-Verlag, München 1971
- Becker, Herkommer, Bergmann: Erziehung zur Anpassung? Wochenschau-Verlag Schwalbach b. Ffm. 1967 (Sonderdruck der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung)
- Blankertz, Herwig: Curriculumforschung — strategien - strukturierung, konstruktion (neue päd. bemühungen), 2. unveränderte Auflage 1971; Verlag Neue Deutsche Schule
- Blankertz, Herwig: Theorien und Modelle der Didaktik; Juventa-Verlag 1971, München
- Drechsler, Hilligen, Neumann (Hrsg.): Gesellschaft und Staat, Lexikon der Politik; Signal-Verlag, Baden-Baden 1972
- Engelhardt, Rudolf: Urteilsbildung im Politischen Unterricht, Essen 1968
- Fackiner, Kurt (Hrsg.): Handbuch der politischen Bildung; Diesterweg-Verlag, Frankfurt 1972
- Fischer, Kurt Gerhard: Einführung in die Politische Bildung; Metzler-Verlag, Stuttgart 1971
- Fischer, Kurt Gerhard (Hrsg.): Zur Praxis des politischen Unterrichts; Metzler-Verlag, Stuttgart 1971
- Lernziele und Stoffauswahl im politischen Unterricht; Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung, Heft 93, Bonn 1972
- Gottschalch, Wilfried: Soziologie der Politischen Bildung; Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1971
- Giesecke, Hermann: Didaktik der Politischen Bildung; Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1971 (neue Ausgabe)
- Klafki, W. u.a.: Erziehungswissenschaft; Eine Einführung in drei Bänden; Fischer Taschenbücher 6106, 6107, 6108; Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 1972 (Insbesondere Band 2, 5. Kapitel, III. Teil)
- Klafki, Lingelbach, Nicklas (Hrsg.): Probleme der Curriculumentwicklung: Entwürfe und Reflexionen; Diesterweg Verlag, Frankfurt/Main 1972
- Ortlieb/Dörge: Wirtschafts- und Sozialpolitik; Leske Verlag, Opladen 1969
- Zur Didaktik der politischen Bildung — Entwicklung und Probleme; Protokoll des Lehrgangs 1799; Reinhardswaldschule 30.6.—2.7.1971
- Richtlinien für den politischen Unterricht (Entwurf); vorgelegt von der Richtlinienkommission für politische Bildung im April 1972 (NRW)
- Handreichungen für den politischen Unterricht in Sekundarstufe I; erarbeitet von der Richtlinien und Handreichungen-Kommission für politische Bildung, Juni 1972
- Robinson, Saul B.: Bildungsreform als Revision des Curriculum; Luchterhand Verlag Neuwied
- Rohloff, Hans-Joachim: Erziehung zur Politik, Bd. 1; Schwarz-Verlag, Göttingen 1972
- Schmiederer, Rolf: Zur Kritik der politischen Bildung; Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1972

Schmiederer, I.; Schmiederer, R. (Hrsg.): Modelle für den politischen und sozialwissenschaftlichen Unterricht; Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main
Teschner, Manfred: Politik und Gesellschaft im Unterricht; Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1968

2. Literatur zu den Problemfeldern

1. Literatur zum Problemfeld Sozialisation

- Abels, Heinz: Sozialisation in der Schule; Audax-Verlag, Kettwig a.R. 1971
Behrmann, Günter C.: Soziales System und politische Sozialisation; Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1972
Child, I. L. Art.: „Sozialisation“ in: Wörterbuch der Soziologie, hrsg. v. Wilhelm Bernsdorf, Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1969
Gottschalch, Wilfried u.a.: Sozialisationsforschung. Materialien, Probleme, Kritik; Fischer Taschenbuch 1971 (mit ausführlichem Literaturverzeichnis)
Ders., Bedingungen und Chancen politischer Sozialisation; Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 1972
Ders., Soziologie der politischen Bildung; Europäische Verlagsanstalt, 2. Aufl., Frankfurt 1971
Overmann, Ulrich: Sprache und soziale Herkunft, edition suhrkamp 519 (1972)
Scharmann, Th.: Schule und Beruf als Sozialisationsfaktoren; Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1966
Wurzbacher, Gerhard: Leitbilder gegenwärtigen deutschen Familienlebens, 4. Aufl.; Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1969
Ders., Hg.: Der Mensch als soziales und personales Wesen; 2. Aufl. ebd. 1968
Ders., Hg.: Die Familie als Sozialisationsfaktor; ebd. 1968

2. Literatur zum Problemfeld Kommunikation

- Behr, K.; Grönwoldt, P.; Nündel, E.; Röseler, R.; Schlotthaus, W.: Grundkurs für Deutschlehrer: Sprachliche Kommunikation. (Loseblattsammlung mit ausführlichem Literaturverzeichnis; Berücksichtigung des politischen Aspekts von sprachl. Kommunikation); Beltz-Verlag, Weinheim/Basel 1972
Bernstein, B.: Studien zur sprachlichen Sozialisation; Schwann-Verlag, Düsseldorf 1972
Binkowski, Johannes: Mit den Massenmedien leben. Möglichkeiten und Grenzen der Manipulation; Verlag Neues Forum, Schweinfurt 1970
Bucher, Theodor: Pädagogik der Massen-Kommunikationsmittel; Benziger-Verlag, Zürich/Einsiedeln/Köln 1971
Holzer, H.: Massenkommunikation und Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland; Leske-Verlag, Opladen 1969
Lawton, D.: Soziale Klasse, Sprache und Erziehung; Schwann-Verlag, Düsseldorf 1970
Meyn, Hermann: Massenmedien in der Bundesrepublik; Colloquium-Verlag, erg. Neuauf., Berlin 1971
Overmann, Ulrich: Schichtenspezifische Formen des Sprachverhaltens und ihr Einfluß auf die kognitiven Prozesse. In: Deutscher Bildungsrat, Gutachten und Studien

3. Literatur zum Problemfeld Sozialer Wandel

- Bolte, K. M.: Deutsche Gesellschaft im Wandel; Opladen 1966
Dahrendorf, Ralf. Art.: „Sozialer Wandel“, in: Wörterbuch der Soziologie, hrsg. v. W. Bernsdorf
Ders.: Karl Marx und die Theorie des sozialen Wandels, in: Pfade aus Utopia; Piper & Co. Verlag, München 1967
Dreitzel, H. P., Hg.: Sozialer Wandel, Zivilisation und Fortschritt als Kategorien der soziologischen Theorie; Neuwied/Rhein, Berlin 1967
Fürstenberg, Friedrich: Soziologie, Sammlung Göschen; Bd. 4000, Berlin 1971 (mit weiteren Literaturhinweisen)
Habermas, Jürgen: Technik und Wissenschaft als Ideologie; edition suhrkamp 287 (1968)
Pross, Helge; Boetticher, Karl W.: Manager des Kapitalismus; edition suhrkamp 450 (1971)
Wallner, E. M.: Soziologie; Quelle & Meyer, Heidelberg 1970 (mit ausführlichem Literaturverzeichnis)

4. Literatur zum Problemfeld Gesellschaftliche Ordnung

- Abendroth, W.: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie; Neuwied/Rhein und Berlin 1967
Dahrendorf, Ralf: Die Funktionen sozialer Konflikte, in: Pfade aus Utopia, piper paperback, München 1967
Ders. Art.: „Sozialer Konflikt“, in: Wörterbuch der Soziologie, hrsg. v. W. Bernsdorf
Heberle, Rudolf; Rokkan, Stein.: Zum Problem der Wahlsoziologie, in: Handbuch der empirischen Sozialforschung Bd II, Stuttgart 1969
Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, 3. Aufl., Neuwied/Rhein, Berlin 1968
Kirchheimer, Otto: Politische Herrschaft. Fünf Beiträge zur Lehre vom Staat, edition suhrkamp 220 (1967)
Marcuse, Herbert: Ideen zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft, edition suhrkamp 300 (1969)
Stammen, Th.: Regierungssysteme der Gegenwart; Stuttgart 1967

5. Literatur zum Problemfeld Macht und Herrschaft

- Dahrendorf, Ralf: Pfade aus Utopia; piper paperback, München 1967
Ders.: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland; R. Piper & Co. Verlag, München 1968
Harris, Nigel: Die Ideologien in der Gesellschaft. Eine Untersuchung über Entstehung, Wesen und Wirkung; Verlag C. H. Beck, München 1970
Hofmann, Werner: Universität, Ideologie, Gesellschaft; edition suhrkamp 261 (1968)

- Jaeggi, Urs.: Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik; Fischer Taschenbuch, Frankfurt/Main 1969
- Stammer, O. Art.: „Herrschaft und Herrschaftssysteme“, Art.: „Macht“, in: Wörterbuch der Soziologie, hrsg. v. W. Bernsdorf
- Weber, Max: Soziologische Grundbegriffe, 2. Aufl., J. C. B. Mohr, Tübingen 1966

6. Literatur zum Problemfeld Soziale Chancen

- Klee, Ernst, Hg.: Gastarbeiter. Analysen und Berichte; edition suhrkamp 539 (1972)
- Liebel, Manfred; Wellendorf, Franz: Schülerelbstbefreiung; edition suhrkamp 336 (1969)
- Menschik, Jutta: Gleichberechtigung oder Emanzipation. Die Frau im Erwerbsleben der Bundesrepublik; Fischer Taschenbuch, Frankfurt 1971
- Moser, Tilmann: Gespräche mit Eingeschlossenen. Gruppenprotokolle aus einer Jugendstrafanstalt; edition suhrkamp 375 (1971)
- Pross, Helge: Über die Bildungschancen von Mädchen in der Bundesrepublik; edition suhrkamp 319 (1969)
- Runge, Erika: Frauen. Versuche zur Emanzipation; edition suhrkamp 359 (1969)
- Dies.: Bottroper Protokolle; edition suhrkamp 271 (1968)
- Schwarzer, Alice: Frauen gegen den § 218; edition suhrkamp 546 (1971)
- Tscheliesnig, Klaus, Hg.: Lehrlingsprotokolle; edition suhrkamp 511 (1971)
- Wallraff, Günter: Industriereportagen; Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg 1970
- Werner, Wolfgang: Vom Waisenhaus ins Zuchthaus; suhrkamp taschenbuch 35 (1969)

7. Literatur zum Problemfeld Eigentum

- Brandt, Karl: Einführung in die Volkswirtschaftslehre; Freiburg 1970
- Hauser, Karl: Volkswirtschaftslehre; Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 1967
- Hicks, J. R.: Einführung in die Volkswirtschaftslehre; rowohlt's deutsche enzyklopädie 155 (1962)
- Hirsch, E. E. Art.: „Eigentum und Erbe“, in: Wörterbuch der Soziologie, hrsg. v. W. Bernsdorf
- Hofmann, Werner: Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft; rororo aktuell (1969)
- Hufschmid, Jörg: Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik; edition suhrkamp 313 (1971)
- Lipsey, Richard: Einführung in die positive Ökonomie; Kiepenheuer und Witsch, Köln 1971
- Mandel, Ernest: Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie; 8. Aufl., verlag neue kritik, Frankfurt 1970
- Preiser, E.: Wirtschaftspolitik heute. Grundprobleme der Marktwirtschaft; Verlag C. H. Beck, München
- Samuelson, Paul A.: Volkswirtschaftslehre Bd. I 1969, Bd. II 1970, Bund-Verlag, Köln

8. Literatur zum Problemfeld Konsum

- Ehmer, Hermann K.: Visuelle Kommunikation. Beiträge zur Kritik der Bewußtseins-

- industrie; Verlag M. Du Mont Schauberg, Köln 1971
- Haug, Wolfgang Fritz: Kritik der Warenästhetik; edition suhrkamp 513 (1971)
- Külp, Bernhard: Grundfragen der Wirtschaft; Verlag J. P. Bachem, Köln 1967
- Packard, Vance: Die geheimen Verführer; Ullstein Taschenbuch, Berlin 1971
- Robinson, Joan: Doktrinen der Wirtschaftswissenschaft, 2. Aufl.; C. H. Beck, München 1968
- Scherhorn, Gerhard. Soziologie des Konsums, in: Handbuch der empirischen Sozialforschung Bd. II, hrsg. v. Rene König, Stuttgart 1969 (mit ausführlichem Literaturverzeichnis)
- Wirtschaftslexikon in 6 Bänden, hrsg. v. R. Sellien, H. Sellien, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 1972

9. Literatur zum Problemfeld Freizeit

- Andrae, Clemens A.: Ökonomik der Freizeit. Zur Wirtschaftstheorie der modernen Arbeitswelt; Rowohlt's deutsche Enzyklopädie Bd. 330/331, Reinbeck 1970
- Blücher, V. Graf: Artikel „Freizeit“ in: Wörterbuch der Soziologie, hrsg. v. W. Bernsdorf, 2. Aufl., Stuttgart 1969
- Giesecke, Hermann, Hg.: Freizeit- und Konsumerziehung. 2. Aufl., Göttingen 1969
- Lüdtko, Hartmut: Freizeit in der Industriegesellschaft. Emanzipation oder Anpassung? (Leske) Opladen 1972 (mit ausführlichem Literaturverzeichnis)
- Opaschowski, Horst W., Hg.: Freizeitpädagogik. Klinkhardts Pädagogische Quellentexte, Bad Heilbrunn 1970
- Scheuch, Erwin K.: Soziologie der Freizeit, in: Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 2, hrsg. v. Rene König, Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1969 (mit ausführlichem Literaturverzeichnis)

10. Literatur zum Problemfeld Infrastruktur

- Becker, Helmut: Bildungsforschung und Bildungsplanung; edition suhrkamp 483 (1971)
- Becker, Egon; Jungblut, Gerd: Strategien der Bildungsproduktion; edition suhrkamp 556 (1972)
- „betrifft“ – Jahresbericht 1971 des Bundesinnenministeriums, Referat Öffentlichkeit, Bonn 1972
- „betrifft“ – Ministerkonferenz für Raumordnung, Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Bonn 1971
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, „Entwicklungspolitik – Fakten zu 14 Thesen“
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, „Die entwicklungspolitische Konzeption der BRD“
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Einzelblätter zur Entwicklungspolitik (technische Hilfe, Kapitalhilfe, einzelne Länder . . .)
- Baumgartner/Falkendörfer/Lefringhausen, Hg. „Aktion Entwicklungshilfe – Pädagogik provokativ“ (Analysen, Thesen und Modelle zur Unterrichts- und Informationsarbeit), Jugenddienst-Verlag, Wuppertal 1971

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, „Dritte Welt“ – Strukturdaten der Unterentwicklung
rap-Modelle Nr. 1/2, „Entwicklungshilfe – Analyse und Planung Sekundarstufe I“, Diesterweg Nr. 262, Frankfurt 1971
„Entwicklungshilfe – Arbeitsmaterial Sekundarstufe I“, Diesterweg Nr. 7662, Frankfurt 1971

11. Literatur zum Problemfeld Umweltschutz

Bartsch, Wolfgang: Umweltschutz – Menschenschutz; Fischer-Taschenbuch 1241
Palmstierna, Lena und Hans: Unsere geplünderte Welt; Beltz 1972
Schütze, Christian: Gift und Schmutz. Begriffe und Probleme des Umweltschutzes. Ein Handbuch für jedermann; Süddeutscher Verlag, München
Umweltschutz: Das Umweltprogramm der Bundesregierung; Kohlhammer-Verlag
Umweltgefahren und Schutz, in: Informationen zur politischen Bildung Heft 146 (1971) (mit weiteren Literaturhinweisen)
Voigt, Jürgen: Das große Gleichgewicht; rororo tele 17 (1970)

12. Literatur zum Problemfeld Internationale Beziehungen

Deutsch, K.W.: Nationenbildung – Nationalstaat – Integration. (Studienbücher zur auswärtigen und internationalen Politik Bd. 2) 1972
Fetscher, I.: Modelle der Friedenssicherung. Serie Piper 41. 1972
Frei, D.: Kriegsverhütung und Friedenssicherung. Eine Einführung in die Probleme der internationalen Beziehungen. 1970 (H. Huber)
Mommsen, W.J., Hrsg.: Der moderne Imperialismus. (Reihe Kohlhammer) 1971
Noack, P.: Internationale Politik. Eine Einführung. (dtv 4060) 1970
Noack, P.: Deutsche Außenpolitik seit 1945. 1972
Runge, Erika: Reise nach Rostock, DDR; edition suhrkamp 479 (1971)
Senghaas, Dieter, Hrsg.: Friedensforschung und Gesellschaftskritik. (Umweltforschung 2) 1970 (Hanser)
Ders.: Zur Analyse internationaler Politik, in: Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme, hrsg. v. Gisela Kress, Dieter Senghaas. Fischer Taschenbuch, Frankfurt 1972 (mit ausführlichem Literaturverzeichnis)
Sohn, K.-H.: Entwicklungspolitik. Theorie und Praxis der deutschen Entwicklungshilfe. 1972
Tudyka, K.P.: Internationale Politik. Eine Einführung. (Reihe Kohlhammer) 1971
Wolf, Heinz E.: Soziologie der Vorurteile, in: Handbuch der empirischen Sozialforschung Bd. II. Stuttgart 1969 (mit ausführlichem Literaturverzeichnis)

3. Literatur zur Lernerfolgskontrolle

Gaude-Teschler: „Objektivierte Leistungsmessung in der Schule“, Frankfurt 1970
K.H. Ingenkamp: „Möglichkeiten und Grenzen des Lehrerurteils“ u.d. Schultests in H. Roth „Begabung und Lernen“, Stuttgart 1968

- K.H. Ingenkamp: „Die Fragwürdigkeit der Zensurenggebung“; Weinheim 1970
 K.H. Ingenkamp: „Handbuch der Unterrichtsforschung“ I–III, darin „Das Testen kognitiver Fähigkeiten und Leistungen“; Weinheim 1970
 Jürgen Wendeler: „Standardarbeiten – Verfahren zur Objektivierung der Notengebung“; Weinheim 1971

FWU-Tonbildreihe:

- TBR 9 Objektivierte Leistungsprüfungen A; Planung und Objektivierung
 36 Min 50 B
 TBR 10 Objektivierte Leistungsprüfungen B; Aufgabenkonstruktion
 47 Min 50 B
 TBR 11 Objektivierte Leistungsprüfungen C: Auswertung und Aufgabenanalyse
 49 Min 50 B

4. Literatur Medien

- Andersen; Sörensen, Medien im Unterricht; Klett Verlag 1972
 Audio-visuelle Arbeitsmittel für die politische Bildung, zusammengestellt und erläutert von Eduard Bungter, Landeszentrale für politische Bildung, Düsseldorf 1970 ff.
 Audio-visuelle Praxis in Wort und Bild, Kösel Verlag 1972
 Berater für die medientechnische Ausstattung und Einrichtung des Schulhauses 1971 (Staatliche Landesbildstelle Südbayern, 8 München 80)
 Doelker: Didaktik und Methodik der audio-visuellen Mittel, Orell Füssli Verlag, Zürich 1971
 Heinrichs, Heribert: Audio-visuelle Praxis in Wort und Bild, Geräte – Technik – Methode; Kösel-Verlag, München 1972
 Ders., Hg.: Lexikon der audiovisuellen Bildungsmittel; Kösel-Verlag, München 1971
 Zimmer, Dieter E.: Ein Medium kommt auf die Welt. Video-Kassetten und das neue multimediale Lernen; Christian Wegner Verlag, Hamburg 1970

